

Vitol – die Erdölkönigin Kasachstans



Public Eye

Erklärung von Bern

Weiter zum Wohle der Oligarchen?

Unsere Titelgeschichte zu Vitols Geschäften in Kasachstan zeigt einmal mehr höchst zweifelhafte Praktiken einer Schweizer Rohstoffhandelsfirma auf. Der Genfer Konzern hat sich riesige Mengen Rohöl gesichert, indem er Deals mit Personen abschloss, die der Macht sehr nahestehen – in einem notorisch korrupten Land, in dem der herrschende Clan die strategischen Posten in der staatlichen Erdölindustrie dafür nutzt, immense private Vermögen anzuhäufen.

2013 hat der Bundesrat in seinem «Grundlagenbericht Rohstoffe» anerkannt, dass mit der zunehmenden Bedeutung dieser Branche «ernstzunehmende Herausforderungen» unter anderem in Bezug auf Korruption und Menschenrechtsverletzungen einhergingen. Damit seien auch «Reputationsrisiken für die Schweiz» verbunden. Doch statt die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen, belies es der Bundesrat dabei, diese darum zu bitten, sich «integer und verantwortungsvoll» zu verhalten.

Ob Gunvor in der Republik Kongo, Glencore in der Demokratischen Republik Kongo oder Trafigura in Angola: Immer wieder gerieten seither Schweizer Rohstoffhandelsfirmen negativ in die Schlagzeilen. Es kann daher auch nicht erstaunen, wenn die Namen Glencore, Vitol und Trafigura nun auch im Zusammenhang mit der riesigen Korruptionsaffäre «Lava Jato» in Brasilien auftauchen, wie wir in unserer zweiten Recherche aufzeigen. Dieser Skandal hat entscheidend dazu beigetragen, dass die Brasilianerinnen und Brasilianer nun den ultrarechten Jair Bolsonaro an die Macht gebracht haben.

Die jüngsten Fälle in Kasachstan und Brasilien unterstreichen einmal mehr die Notwendigkeit, den Sektor endlich verbindlich zu regulieren. Statt den Rohstoffhandelsfirmen weiterhin zu erlauben, Deals mit korrupten Diktatoren abzuschliessen (und diesen einen sicheren Hafen für ihre Vermögen zu bieten), muss die Schweiz entschieden gegen ihren Beitrag zum «Rohstofffluch» vorgehen, der den Bevölkerungen rohstoffreicher Länder systematisch dringend benötigte Mittel entzieht.

Fünf Jahre nach dem «Grundlagenbericht Rohstoffe» wird der Bundesrat in diesen Tagen einen neuen Bericht zum Sektor veröffentlichen. Wird die Regierung die Lehren ziehen aus den wiederkehrenden Skandalen rund um Konzerne mit Sitz in Zug oder Genf?

Wir sind skeptisch – und bleiben dran.

R. de Riedmatten



Raphaël de Riedmatten

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder möglich.

Sie sind bereits Mitglied? Herzlichen Dank! Und doppelten Dank, falls Sie jemandem eine Mitgliedschaft verschenken.

Sie sind noch nicht Mitglied? Für 75 Franken pro Jahr werden Sie es und erhalten regelmässig unser Magazin. Oder lernen Sie uns erst kennen und bestellen Sie gratis ein Testabonnement.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören – per Antwortkarte oder auf www.publiceye.ch/mitglieder

Public Eye

Geld aus Genf für Öl aus Astana

Der Genfer Rohstoffhandels gigant Vitol hat sich dick ins Geschäft mit Öl aus dem korrupten Kasachstan gebracht. Doch mit welchen Mitteln? Unsere Recherche ab ▶ [S. 4](#)

Reguliert den Rohstoffhandel!

Der Bundesrat zielt sich, Rohstoffhandelsfirmen verbindlich zu regulieren. Das sind unsere Forderungen. ▶ [S. 14](#)

«Lava Jato» und die Schweizer Trader

Die brasilianische Justiz untersucht lukrative Ölverträge, die Glencore, Trafigura und Vitol mit der halbstaatlichen Petrobras abgeschlossen haben. ▶ [S. 15](#)

Hungerlöhne & Menschenrechtsverletzungen

Vor fünf Jahren versprach H&M Existenzlöhne für Näherinnen. Nun will der Konzern nichts mehr davon wissen. ▶ [S. 21](#)



©John McDermott/Panos Pictures

Arbeiter auf einer Ölplattform in Qysylorda, Kasachstan. 45 Prozent aller Schweizer Ölimporte stammen aus dem zentralasiatischen Land, dessen Elite immer wieder wegen Korruptionsvorwürfen in die Schlagzeilen gerät.

Zudem in diesem Heft

Recherchen zum Jubiläum

Zu unserem 50-Jahr-Jubiläum haben wir zwei investigative Recherchen ermöglicht. Im Januar werden sie an zwei Veranstaltungen präsentiert. ▶ [S. 26](#)

Wie sich Vitol in Kasachstan Zugang zum schwarzen Gold verschaffte



Der Schweizer Rohstoffhandelsriese Vitol ist in Zentralasien dick ins Geschäft gekommen. Der Konzern kommerzialisierte bereits 2014 fast ein Viertel des Rohöls, das Kasachstan exportierte – und erhielt daraufhin strategischen Zugang zu den grössten Ölfeldern des Landes. Wie lässt sich dieser Erfolg erklären? Auf der Grundlage exklusiver Dokumente kann Public Eye aufzeigen, dass Vitol mittels eines diskreten Joint Ventures eine Verbindung mit Männern eingegangen ist, die der Macht nahestehen – und dass Timur Kulibajew, der Schwiegersohn des Präsidenten, indirekt von diesem sehr lukrativen Bündnis profitiert hat.

AGATHE DUPARC

© Reza/Getty Images

Konkurrenz unerwünscht! Im Genfer Ölhandelsmilieu besteht kein Zweifel: Vitol, die weltweit grösste private Ölhandelsfirma, nimmt in Kasachstan eine Spitzenposition ein. «Heute teilt sich Vitol den kasachischen Markt quasi mit chinesischen Unternehmen auf und lässt den anderen nur noch Krümel übrig», sagt ein Händler eines konkurrierenden Unternehmens, der anonym bleiben will.

Zwischen 2015 und 2018 hat Vitol bei zwei Ausschreibungen der nationalen kasachischen Ölgesellschaft KazMunayGas (KMG) den Zuschlag erhalten. Inhalt der Deals: Insgesamt stellt Vitol 5,2 Milliarden Dollar an sogenannten «Vorfinanzierungen» – also Darlehen – zur Verfügung. Zurückbezahlt wird die Handelsfirma innerhalb der kommenden fünf Jahre mittels Öllieferungen aus den beiden Mega-Ölfeldern Tengiz und Kashagan, an denen KMG beteiligt ist. Ein solcher Vertrag – im Fachjargon ein «Cash-for-Crude-Deal» – bedeutet für Vitol einerseits einen privilegierten Zugang

zum kasachischen Erdölhahn und andererseits hervorragende langfristige Beziehungen mit dem Staat.

Willkommen in Kasachstan

Ganz getreu seinem Ruf als undurchsichtige «Black Box» hat der Konzern Vitol in der Vergangenheit höchstens tröpfchenweise Auskunft gegeben über seine Geschäfte mit dem flächenmässig neuntgrößten Land der Welt, das auf dem Korruptions-Index von Transparency International unter 180 Ländern den Rang 122 einnimmt. Im «Königreich» von Nursultan Nasarbajew – dem ersten und bislang einzigen Präsidenten Kasachstans – kontrollieren dessen Familie und einige ergebene Oligarchen ganze Wirtschaftsbereiche und nutzen den Reichtum an Bodenschätzen ihres Landes, um riesige Vermögen anzuhäufen.

Der Ölsektor, der zwischen 35 und 50 Prozent der Staatseinnahmen ausmacht, wurde zwar Mitte der 1990er-Jahre teilweise privatisiert und für ausländische In-

vestorinnen und Investoren geöffnet. Aber der Staat – oder besser: der herrschende Clan – hat die Kontrolle darüber nie aufgegeben. Ein Mann hat sich an der Spitze der Öldynastie festgesetzt: Timur Kulibajew, der Ehemann von Dinara, der mittleren der drei Töchter des Präsidenten. Das Paar verfügt über ein geschätztes Vermögen von sechs Milliarden Dollar.

In diesem Umfeld also, in dem die Grenze zwischen staatlichem Posten und lukrativen persönlichen Geschäften recht schwammig ist, hat sich Vitol seinen Weg an die Spitze gebahnt. Im Jahr 2013 warf die britische Nachrichtenagentur Reuters ein erstes Licht auf deren dominante Position: Vitol habe eine Marktnische gefunden, indem die Firma die kleinen Fördermengen aller kasachischen Produzenten «aufsammle» und damit grosse Öltanker fülle. In einem Monat hatte der Schweizer Riese so neun Schiffs-ladungen erhalten, was einem jährlichen Umsatz von acht Milliarden Dollar entspricht. Und acht weitere sollten folgen. Vitols Erfolg beruhe auf einem überzeugenden Geschäftsmodell, sagte eine Sprecherin des Unternehmens damals gegenüber den Journalisten von Reuters. Bei Vitol sei man stolz auf eine «lange Geschichte der Partnerschaft mit der kasachischen Ölindustrie».¹

Tiefe Einblicke dank «Kazaword»

Was also ist das Geheimnis dieser «langen Geschichte der Partnerschaft»? Ohne «Kazaword» wäre es kaum je möglich gewesen, diese Frage zu beantworten. Vom Sommer 2014 bis Ende 2016 veröffentlichte eine anonyme Internet-Plattform unter diesem Namen zahlreiche gehackte E-Mails und Dokumente aus den Mailboxen hoher kasachischer Beamter. Hinter diesen «KazakhLeaks» steckte wahrscheinlich der Bankier Mukhtar Ablyazov; ein Intimfeind von Präsident Nasarbajew, der von der kasachischen Justiz angeklagt wurde, Milliarden von Dollar veruntreut zu haben. Die Akten-sammlung wirft ein grelles Licht auf die Praktiken des Regierungsklans in Kasachstans Hauptstadt Astana. Mehrere Medien berichteten in der Folge vor allem darüber, dass die kasachische Regierung eine Vielzahl von Lobbyisten angeheuert hatte, um ihr Image aufzupolieren – unter ihnen auch der ehemalige Schweizer Botschafter Thomas Borer.² Die Authentizität der auf Kazaword veröffentlichten Dokumente wurde nie infrage gestellt. Im Gegenteil: 2015 reichten die kasachischen Behörden Klage ein, weil sie durch die Leaks Opfer eines «massiven Hackerangriffs» geworden seien.

«Hallo mein Bruder!»

Dank Kazaword erhielten wir Einblick in die Korrespondenz, die hohe Vitol-Manager von 2009 bis 2015 mit zwei kasachischen Multimillionären führten: mit Dias Suleimenov und Daniyar Abulgazin, zwei Schwagern, die in den höchsten Sphären der Macht – und der Geschäftemacherei – zirkulieren. Beide sind sie eng befreundet mit Timur Kulibajew, dem Schwiegersohn des Präsidenten. Wie dieser besetzten sie führen-

de Positionen in den grossen staatseigenen Öl- und Gasunternehmen des Landes, ohne dabei ihr privates Unternehmertum aus den Augen zu verlieren. Nach dem Ausscheiden aus dem «Staatsdienst» arbeitete das hocheffektive Trio in privaten Ölgesellschaften und Energie-Lobbyverbänden weiter. Klar ist: Bei allen drei handelt es sich um «politisch exponierte Personen» – oder kurz PEPs – gemäss der Definition im Schweizer Geldwäschereigesetz.

Schweizer Banken müssen bei Finanzgeschäften mit solchen Personen hohe Vorsicht walten lassen, da sie diesem Gesetz unterstehen. Für Rohstoffhandelsunternehmen dagegen gibt es weder eine ähnliche Regulierung noch eine Sorgfaltspflicht. Für diese Konzerne sind «PEPs» nicht in erster Linie ein Risiko, sondern eine Chance auf lukrative Geschäfte, wie aus den auf Kazaword entdeckten E-Mails hervorgeht: Diese sind Zeugnis einer erstaunlichen Nähe von Vitol zu den Mächtigen des Landes.

«Privet Brat!» – «Hallo mein Bruder!» – schreibt der damalige Vitol-Verantwortliche für Zentralasien und Russland in einer E-Mail vom 14. November 2011 an Daniyar Abulgazin. Der Vitol-Manager bittet seinen «Bruder», einen Öl- und Steuerfall zu regeln, und gibt ihm gar konkrete Anweisungen. Er erwähnt «zwei Sachen, die für uns wichtig sind», ohne auszuführen, worum es sich handelt. Aber der Ton der Beziehungen zwischen Vitol und den hohen Sphären der kasachischen Macht ist jedenfalls gesetzt. Abulgazin hat damals einen strategisch wichtigen Posten beim kasachischen Staatsfonds Samruk-Kazyna inne, der zu der Zeit von Timur Kulibajew präsidiert wird. Abulgazin ist verantwortlich für die Verwaltung von Öl- und Gasvermögen, einschliesslich jener des Unternehmens KazMunayGas (KMG), das mehr als 60 Prozent des Werts des Fonds ausmacht.

Eine geheimnisvolle Firma

Auf eine echte Perle stiessen wir in der Mailbox von Dias Suleimenov. Es ist eine kurze Nachricht von einem Vitol-Trader mit Sitz in London vom 27. April 2011. Im Anhang befinden sich die Jahresabschlüsse der Firma «Ingma Holding BV» für die Jahre 2009 und 2010.

Ingma Holding BV? In den Firmenbroschüren oder auf der Webseite von Vitol taucht der Name dieses auf den Ölhandel spezialisierten Joint Ventures nirgends auf. Doch wie wir herausgefunden haben, ist die Firma, die 2003 von Vitol in Rotterdam registriert wurde, der Schlüssel zum durchschlagenden Erfolg des Schweizer Handelsunternehmens in Kasachstan.

¹ Glencore challenges Vitol in Kazakh oil exports, Reuters, 11.10.2013.

² Thomas Borer im Sold einer fremden Macht, NZZ, 21.1.2015.

Bislang blieb die Firma stets unter dem Radar. Oder zumindest fast. Vor zwei Jahren erwähnte die britische Zeitung «The Independent» die Firma unter dem Namen «Ingma».³ Der Artikel wies auf die «undurchsichtige Natur» dieser Firmenstruktur hin, die Vitol geschaffen habe, um in Kasachstan zu investieren. Wer steckt hinter diesem Unternehmen mit dem skandinavisch klingenden Namen? Vitol bestritt im Artikel energisch, dass «der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew, sein Schwiegersohn Timur Kulibajew oder andere Personen, die ihre Position ihnen zu verdanken hätten, Begünstigte von Ingma» seien, weigerte sich jedoch, die Identität der tatsächlichen wirtschaftlich Berechtigten der Firma preiszugeben.

Ein Geldautomat namens Ingma

Die von Kazaword geleakten Informationen machen es uns zusammen mit weiteren Dokumenten, die wir uns beschaffen konnten, möglich, das Geheimnis um Ingma zu entschlüsseln. Was wir herausgefunden haben, ist verblüffend: Der Jahresabschluss 2009 zeigt, dass die unbekannt und unscheinbare Ingma in Tat und Wahrheit ein Firmenkonstrukt mit Vermögenswerten von über einer Milliarde Dollar ist. Sie verfügt über zehn Tochtergesellschaften, von denen vier in der Schweiz registriert sind – in Genf, Baar und Lausanne.

Ingma ist hauptsächlich im «Handel mit Rohöl und Erdölprodukten» tätig und hat alleine im Jahr 2009 einen Umsatz von fast acht Milliarden Dollar und einen Nettogewinn von 124 Millionen Dollar⁴ erzielt. Wie ein ungeprüfter Finanzbericht in der Mailbox von Suleimenov zeigt, springt der Umsatz im Jahr 2010 gar auf 20 Milliarden Dollar, was etwa zehn Prozent des Gesamtumsatzes von Vitol in diesem Jahr entspricht.

Mithilfe des niederländischen Handelsregisters konnten wir die Zahlen auch für die Jahre 2011 bis 2016 zusammentragen. Insgesamt betrug Ingmas Umsatz zwischen 2009 und 2016 gemäss unseren Berechnungen 93,3 Milliarden US-Dollar, der Nettogewinn 1,1 Milliarden. Ein ehemaliger Banker, der auf den Handelsplatz Genf spezialisiert ist, zeigte sich ungläubig, als wir ihn mit diesen Zahlen konfrontierten: «Das ist gigantisch für ein Privatunternehmen! Ich bin schockiert! Ich dachte, Sie reden hier von einer Tochtergesellschaft der KazMunayGas (der staatlichen Ölgesellschaft – Anm. d. Red.)»

In einer auf Kazaword entdeckten Broschüre, deren Inhalt bisher nie veröffentlicht wurde, gratuliert sich Vitol zu seiner «20-jährigen Erfahrung in Kasachstan». Die vorgelegten Zahlen haben es in sich: 2014 hat das Genfer Handelsunternehmen demnach 21 Prozent der von Kasachstan verkauften 62,45 Millionen Tonnen Öl vermarktet. Das entspricht im Durchschnitt etwa sieben Öltankern pro Monat. Ingma wird zwar nicht explizit genannt, doch es ist klar, dass die Firma eine dominante Rolle spielt. Ein weiterer höchst interessanter Fakt:

Das Joint Venture hat fast seinen gesamten Gewinn in Form von Dividenden ausgeschüttet. Zwischen 2009 und 2016 landete mehr als eine Milliarde Dollar in den Taschen der Aktionäre und Aktionärinnen – und das ist noch nicht einmal der volle Betrag, da wir für die Jahre 2010 und 2012 keine Daten haben. Aber wer sind diese glücklichen Aktionärinnen und Aktionäre?

Der Vertrauensmann

In den Windungen der Firmenstruktur von Ingma und all ihren Tochterfirmen verirrt man sich leicht. Doch die Kapitalstruktur des Joint Ventures ist über die Jahre relativ stabil geblieben. Von 2003 bis 2010 war Ingmas Mehrheitsaktionärin die Firma Oilex NV – eine kleine Gesellschaft, die 2002 in Curaçao, einem Steuerparadies auf den Niederländischen Antillen, registriert wurde. Oilex NV besass 51 Prozent der Anteile, während Vitol FSU BV, die niederländische Niederlassung von Vitol, die restlichen 49 Prozent hielt. Eine kuriose Allianz also zwischen einem weltbekannten Handelskonzern und einer obskuren Offshore-Gesellschaft.

Und wem gehört Oilex? Ende 2009 wird der Hauptsitz der «Firma» nach Luxemburg verlegt und der Name ihres Alleineigentümers im Handelsregister eingetragen: Arvind Tiku. Dieser Name taucht dann auch 2010 wieder auf – im Rahmen von gross angelegten Ermittlungen der Schweizerischen Bundesanwaltschaft wegen Geldwäscherei. Als er 2003 bei Ingma einsteigt, gibt sich dieser Geschäftsmann indischer Herkunft äusserst diskret. Doch er ist kein Neuling: Seine Firma «Nelson Resources Limited» ist an der Erschliessung mehrerer Ölfelder beteiligt. Und Tiku leitet auch eine Vielzahl anderer Offshore-Gesellschaften, die im Ölgeschäft tätig sind.

Mehrere von Public Eye eingesehene Dokumente zeigen, dass Arvind Tiku eine Vertrauensperson und der Geschäftspartner von Timur Kulibajew ist. Dieser hat eine Reihe von Führungspositionen in den wichtigsten staatlichen Öl- und Gasunternehmen inne, erlaubt sich aber dennoch den einen oder anderen Seitensprung in den Privatsektor. Tikus Rolle geht aber weiter, wie wir herausgefunden haben: Von gewissen Unternehmen, die ihm auf dem Papier gehören, profitiert letztlich indirekt auch Kulibajew. Bei der Partnerschaft, die Tiku mit Vitol über Oilex eingegangen ist, ist dies offensichtlich der Fall.

Ein explosives Dokument

Ein Brief, von dem wir eine Kopie erhalten haben, beschreibt Ingmas erste, 2003 in Genf registrierte Tochtergesellschaft Vitol Central Asia als eine der «operativen Gesellschaften» des Schwiegersohns des

³ Revealed: Humbled Tory donor's links to the man who broke the Bank of England, The Independent, 29.10.2016.

⁴ Ingma Holding BV, Consolidated financial statements 2009.



Nursultan Nasarbajew (78)

Wurde 1990 zum ersten Präsidenten der Republik Kasachstan gewählt und ist es bis heute. 2015 mit beachtlichen 97,7 Prozent der Stimmen wiedergewählt. 2010 liess er sich vom Parlament zum «Führer der Nation» ernennen, was ihm und den mit ihm lebenden Angehörigen lebenslange Immunität garantiert.

Vermögen

Sehr schwer zu schätzen, aber mehrere Milliarden Dollar.

Verwandtschaftliche Bande

Vater von Dinara Kulibajewa und somit Schwiegervater von deren Ehemann Timur Kulibajew.

Besondere Merkmale

Träger des NGO-Preises «Prix Dictat-or» als «bester» Diktator 2014, der es zum «reichsten Diktator des Planeten» gebracht habe, weil er es wie kein anderer verstehe, «die Ressourcen seines Landes zu seinem eigenen Vorteil zu plündern». Um an sich zu erinnern, hat er sich in dem von ihm zur Hauptstadt gemachten Astana das «Museum des ersten Präsidenten der Republik» bauen lassen und seinen Geburtstag zu einem nationalen Feiertag erklärt.



Timur Kulibajew (52)

Schlüsselfigur im kasachischen Ölgeschäft. Hatte zwischen 1997 und 2011 verschiedene hohe Posten bei staatlichen Firmen inne. Von 2005 bis 2013 war er «Freelance»-Berater des Präsidenten. Ist Präsident von KazEnergy, einer mächtigen Vereinigung von Energieunternehmen, sowie der Nationalen Unternehmerkammer Kasachstans (Atameken).

Verwandtschaftliche Bande

Verheiratet mit Präsidententochter Dinara Kulibajewa; drei Kinder.

Vermögen

Geschätzte sechs Milliarden Dollar – gemeinsam mit seiner Frau, welche sich 2010 im Genfer Vorort Anières eine Villa für 74,7 Millionen Franken geleistet hat. Das Paar macht Geschäfte im Erdölmarkt, mit Banken, Versicherungen und Immobilien.

Besondere Merkmale

Hat seine staatlichen Mandate gerne für private Geschäfte unterbrochen, wobei er der Trennung nicht allzu viel Bedeutung beizumessen schien. Sportlich unterwegs: Er ist sowohl Präsident des Nationalen Olympischen Komitees wie auch des Boxverbands Kasachstans.

Präsidenten – und dies, obwohl er auf dem Papier nicht Aktionär des Unternehmens ist. Der Brief ist adressiert an einen Bankier der Credit Suisse in London. Der Absender: ein gewisser JN Gupta, der unter anderem auch Finanzkontrolleur von Arvind Tiku ist. Er schreibt im Namen des Schwiegersohns des Präsidenten, der eben zum Leiter des kasachischen Staatsfonds Samruk-Kazyna ernannt worden ist.

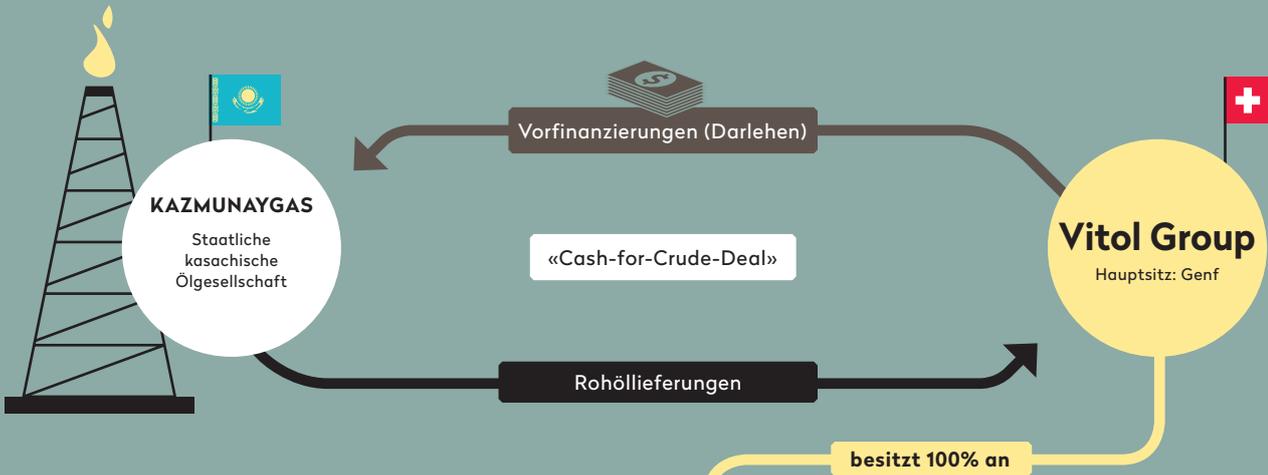
Herr Gupta bittet um eine Fristverlängerung für die Rückzahlung eines Darlehens, das der Merix International Venture Limited, einer Offshore-Gesellschaft im Besitz von Timur Kulibajew, gewährt worden ist. Er versichert der Bank, dass der Rest des Darlehens «durch die Zahlung von Dividenden oder Darlehen unserer operativen Gesellschaften» zurückgezahlt werden wird. Interessanterweise taucht in der Lis-

te der sechs genannten «operativen Gesellschaften» auch der Name «Vitol Central Asia» auf. «Es handelt sich um ein JV (Joint Venture) zu 51 Prozent mit Vitol. Dieses JV transportiert kasachisches Rohöl über eine Pipeline zum Hafen am Schwarzen Meer. Die Absatzmenge beträgt über sechs Millionen Tonnen (pro Jahr – Anm. d. Red.)», heisst es im Brief. Das ist zwar eine Verkürzung, denn Vitol Central Asia ist lediglich eine Tochtergesellschaft des «JV», um das es geht. Aber klar ist: Das besagte Joint Venture meint die Partnerschaft zwischen Oilex (51%) und Vitol (49%), also die Ingma.

Das Schreiben an die Credit Suisse scheint zu bestätigen, dass der Schwiegersohn des Präsidenten zumindest indirekt vom erfolgreichen Geschäft von Vitol Central Asia beziehungsweise Ingma profitiert. Um seine Kredite an die Banken zurückzuzahlen,

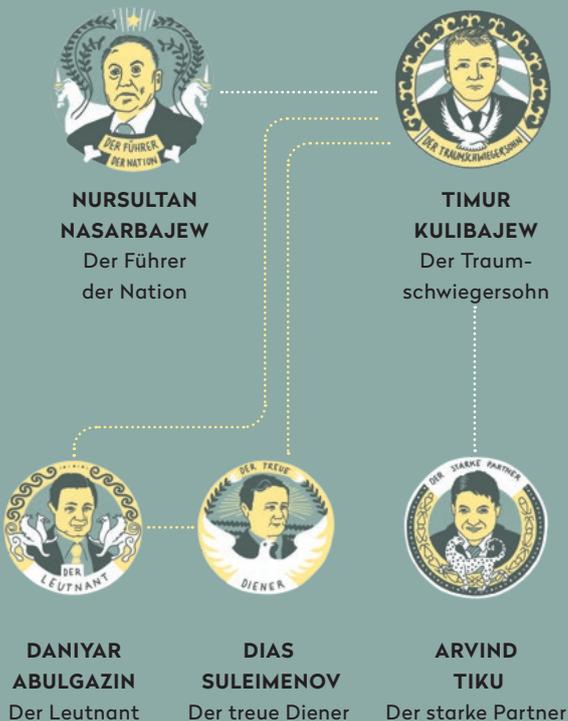
Wie man zur Erdölkönigin Kasachstans wird

Innert weniger Jahre hat sich der Schweizer Rohstoffhandelsriese Vitol einen strategischen Zugang zu Kasachstans Erdöl verschafft. Im Jahr 2014 verkauft Vitol bereits 21 Prozent des für den Verkauf bestimmten Rohöls. Ab 2015 etabliert der Konzern seine starke Position im kasachischen Markt. Wie hat er das geschafft? Die Recherche von Public Eye zeigt, wie Vitol Geschäftsbeziehungen mit Männern geknüpft hat, die der politischen Macht sehr nahestehen.



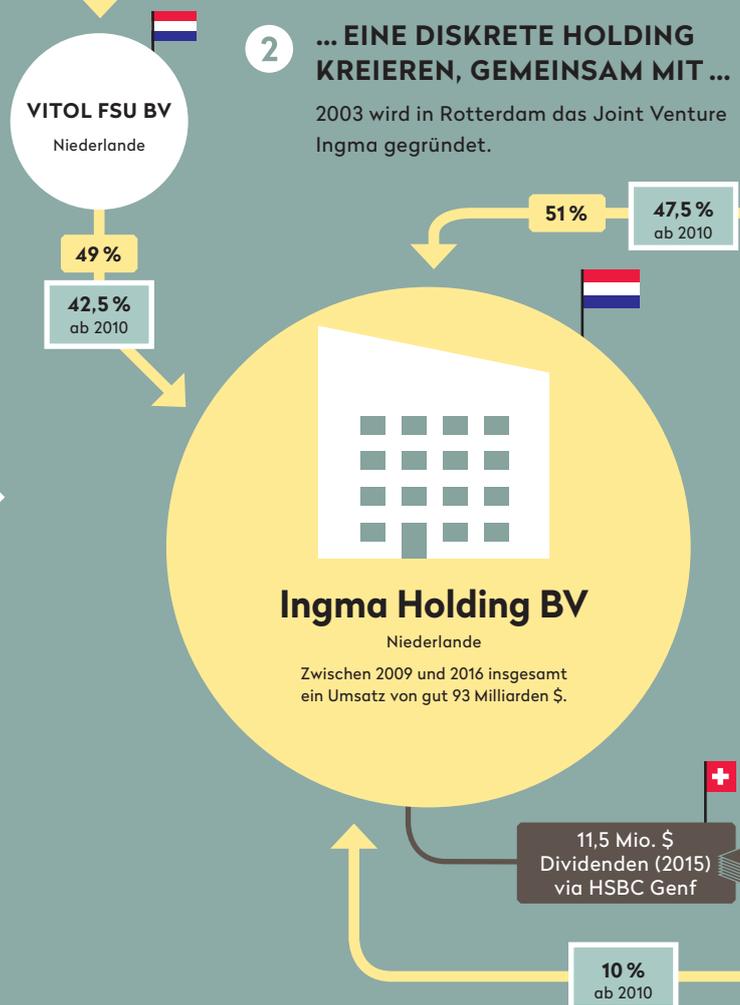
1 DIE RICHTIGEN GESPRÄCHS-PARTNER FINDEN ...

Auf der Grundlage exklusiver Dokumente zeigt Public Eye auf, wie Vitol Verbindungen zu drei regierungsnahen Männern aufgebaut hat.



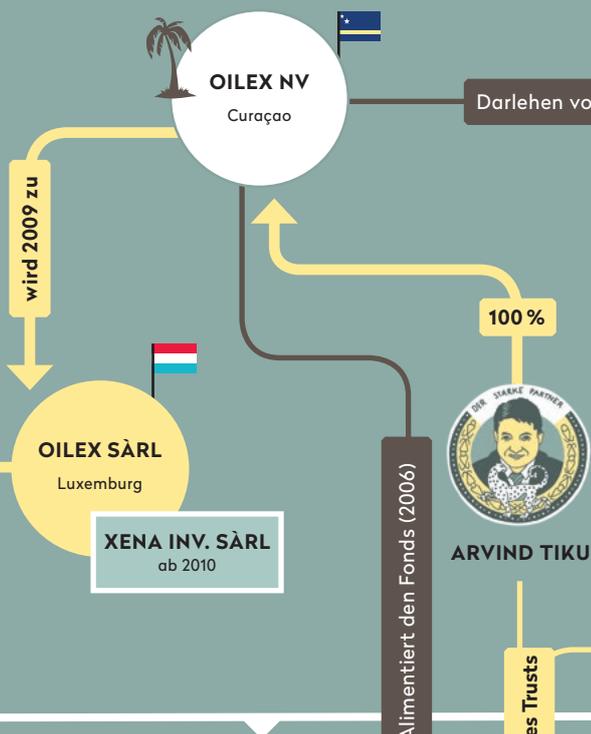
2 ... EINE DISKRETE HOLDING KREIEREN, GEMEINSAM MIT ...

2003 wird in Rotterdam das Joint Venture Ingma gegründet.



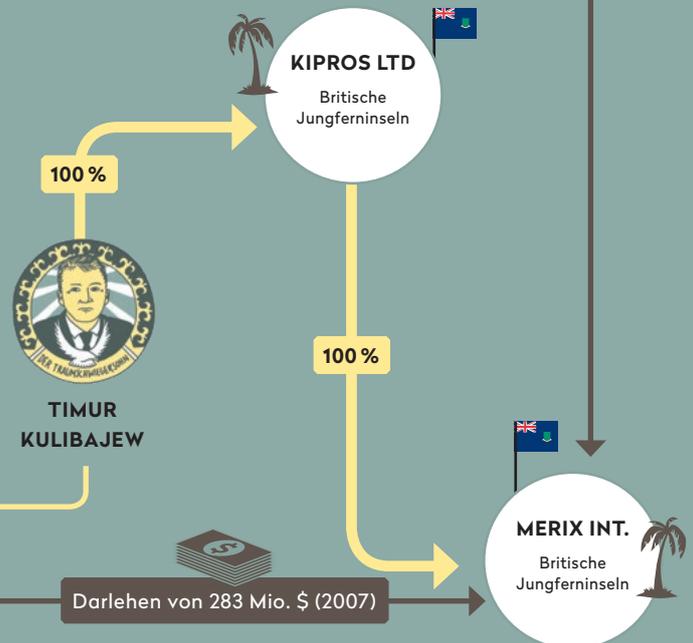
3 ... DEM GEEIGNETEN PARTNER ...

Der Genfer Ölgigant schliesst sich mit Arvind Tiku zusammen.



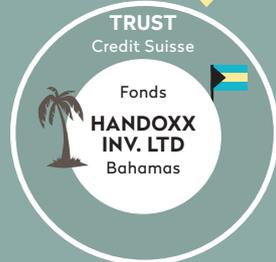
5 ... SCHLÜSSELPERSON IM KASACHISCHEN ÖLSEKTOR ...

Timur Kulibajew, der Schwiegersohn des Präsidenten, hat indirekt von dieser Allianz profitiert.



4 ... DER SEIN KAPITAL MISCHT MIT EINER ...

Die beiden Geschäftspartner unterhalten einen gemeinsamen Trust, der von der Credit Suisse verwaltet wird.



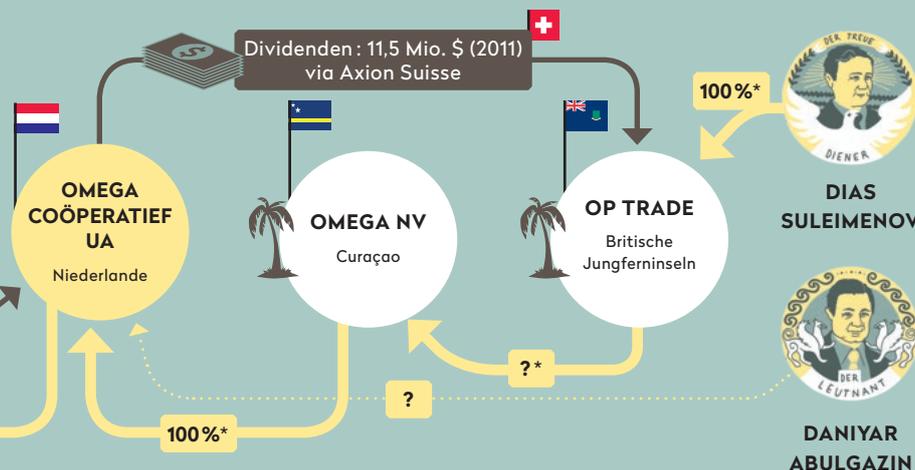
6 ... DER SICH DAFÜR ETWAS LUXUS IN LONDON LEISTET.

Die Gelder im Trust ermöglichen es ihm, luxuriöse Anwesen zu erwerben.



7 EIN WEITERER REGIERUNGSNAHER STEIGT EIN ...

Ab 2010 wird Kulibajews treuer Diener Dias Suleimenov ebenfalls Teilhaber von Ingma* und erhält auf seine Schweizer Bankkonten Millionen an Dividenden.



8 ... UND INVESTIERT IN DER SCHWEIZ.

Seine Ehefrau ist stolze Besitzerin einer Villa im Genfer Vorort Cologny und einem Chalet in Gstaad.



*Annahmen von Public Eye auf Grundlage von Dokumenten aus den «KazakhLeaks»

Gegendarstellung

Arvind Tiku und die Xena Investments Sàrl verlangen in Bezug auf diesen Artikel eine Gegendarstellung. Public Eye hält an ihrer Darstellung fest.

Gegendarstellung von Arvind Tiku und Xena Investments Sàrl

1. Es trifft nicht zu, dass der Schwiegersohn des kasachischen Präsidenten der indirekte Nutzniesser der profitablen Geschäfte von Vitol Central Asia bzw. Ingma ist. Tatsächlich ist Herr Kulibajew weder direkt noch indirekt über eine seiner Gesellschaften an Vitol Central Asia oder der Ingma Holding BV beteiligt und profitiert von diesen Unternehmen auch nicht in irgendeiner anderen Art und Weise.
2. Es trifft nicht zu, dass Arvind Tiku ein Strohmännchen von Timur Kulibajew ist. Tatsächlich ist Herr Tiku ein selbständiger Geschäftsmann, der bereits im Ölhandel Kasachstans aktiv war, lange bevor er Herrn Kulibajew kennenlernte, und er hat nie irgendwelche Geschäftsaktivitäten als Strohmännchen oder Stellvertreter für Herrn Kulibajew ausgeübt.
3. Es trifft nicht zu, dass Herr Tiku sein Geld mit jenem Herrn Kulibajews in einem Trust bei der Credit Suisse zusammenlegt. Richtig ist, dass einzig Herr Tiku – über seine Unternehmen Oilex N. V. und Energy Investments International Ltd. – in den angesprochenen «Trust» (Handoxx Investment Ltd.) investiert hat, dagegen haben weder Herr Kulibajew noch eines seiner Unternehmen in den Handoxx Fund investiert.
4. Es trifft nicht zu, dass das durch den Handoxx Fund 2007 an Merix International Ventures gewährte Darlehen zinslos gewesen ist. Tatsächlich wurde das gewährte Darlehen über 283 Mio. USD zu 6.5% p.a. verzinst und enthielt weitere geschäftsübliche Darlehensbestimmungen.



Dias Suleimenov (46)

Bekleidete zwischen 1997 und 2006 führende Posten in verschiedenen staatlichen Mineralölgesellschaften, immer im Schatten seines Mentors Timur Kulibajew. Ist heute CEO der Petroleum Operating LLP, eines privaten Unternehmens, das zu Teilen dem Schwiegersohn des Präsidenten gehört, und Geschäftsführer der halbstaatlichen Gesellschaft Kamkor Management LLP.

Vermögen

Schätzungsweise mindestens 282 Millionen Dollar.

Verwandtschaftliche Bande

Schwager seines Geschäftspartners Daniyar Abulgazin und Sohn von Tuleutai Suleimenov, einem engen Vertrauten des Präsidenten Nasarbajew und einstigen Aussenminister Kasachstans.

Besondere Merkmale

Höchst vertrauenswürdig: Verwaltet zuweilen die Ausgaben von Dinara Kulibajewa. Auch er mag den Sport: Er ist Präsident der «Capital Boxing Federation» und Generalsekretär des Nationalen Paralympischen Komitees Kasachstans.



Zuoberst im ikonischen Bajterek-Turm in Astana prangt ein goldener Handabdruck Nasarbajews. Wer seine Hand hineinlegt, darf sich was wünschen.



Daniyar Abulgazin (49)

War einst KGB-Abgeordneter, folgte dann während über zehn Jahren Timur Kulibajew durch die staatlichen Mineralölbetriebe. Unter anderem in den Staatsfonds Samruk-Kazyna, wo er die Abteilung leitete, die für die Öl- und Gasbestände verantwortlich ist. Ist heute Vorsitzender des Komitees der Ölindustrie in der Unternehmerkammer Kasachstans, die von Timur Kulibajew präsiert wird. Ist Aktionär der Petroleum Operating LLP und verschiedener privater Firmen im Ölsektor.

Vermögen

Ungefähr 430 Millionen Dollar.

Verwandtschaftliche Bande

Schwager von Dias Suleimenov.

Besondere Merkmale

Liebt den Sport: Ist Präsident des kasachischen Tischtennisverbands, Vizepräsident des Nationalen Olympischen Komitees und Generalsekretär des Boxverbands, der von Kulibajew präsiert wird. Wie sein Schwager und wie Kulibajew mag er die Schweiz und insbesondere Genf, wo seine Frau seit 2010 pauschalbesteuert wird.



Arvind Tiku (49)

Indischer Geschäftsmann und treuer Businesspartner Timur Kulibajews. Gegen das Duo ermittelte die Schweizerische Bundesanwaltschaft ab 2010 wegen Geldwäscherei, 2013 wurde das Verfahren eingestellt. Ist an der Seite von Kulibajew Aktionär bei KazStroy-Service, einem auf Öl- und Gasinfrastruktur spezialisierten Bauunternehmen.

Vermögen

Wird auf 2,3 Milliarden Dollar geschätzt.

Besondere Merkmale

Hat in in der früheren kasachischen Hauptstadt Almaty Maschinenbauingenieur studiert. Preist sich in seinem Lebenslauf damit an, dass er die Kunst des Handels bei dem berühmt-berüchtigten Marc Rich gelernt habe. Mag die Niederländischen Antillen, komplexe Finanzkonstrukte und das Tessin: 2006 erwirbt er dort die im 19. Jahrhundert erbaute Villa Romantica mittels eines komplexen Firmenkonstrukts, in dem Oilex erscheint – die Firma, die ihm zu hundert Prozent gehört und mit der Vitol das Joint Venture Ingma geschaffen hat.

scheint er bereit zu sein, die Dividenden aus seinen Geschäften mit Vitol Central Asia einzusetzen. Führt Gupta die Bank in die Irre? Oder ist Arvind Tiku in Wirklichkeit nur ein Strohhalm von Timur Kulibajew?

Die gemeinsame Kasse von Tiku und Kulibajew

Fest steht, dass die beiden Männer ihre Einkünfte zusammulegen. Sie haben einen gemeinsamen Trust geschaffen, der von der Credit Suisse verwaltet wird, wie die Schweizer Justiz zwei Jahre später feststellt.

Es ist September 2010. Während die Ingma Holding BV Ölverträge im Wert von Milliarden von Dollar abwickelt, eröffnet die Schweizerische Bundesanwaltschaft ein Verfahren gegen den Schwiegersohn des kasachischen Präsidenten und seinen indischen Partner – wegen Geldwäscherei. Timur Kulibajew und

Arvind Tiku stehen im Verdacht, den preisgünstigen Verkauf von Öl-Assets in Kasachstan organisiert zu haben. Sie sollen Bestechungsgelder erhalten haben, die bei mehreren Schweizer Banken gelandet sein sollen. Mit Vitol haben die Vorwürfe nichts zu tun.

Das Verfahren sorgt zwar für einigen Aufruhr in der Öffentlichkeit, wird jedoch nach drei Jahren Untersuchung eingestellt, da die kriminelle Herkunft der Gelder nicht nachgewiesen werden konnte. Die Schweizer Staatsanwaltschaft hatte in der Sache ihre kasachischen Amtskolleginnen und -kollegen um Unterstützung gebeten. Doch diese waren zum Schluss gekommen, dass der Schwiegersohn von Präsident Nasarbajew und sein Partner keinerlei Verbrechen begangen hätten. In einem Land, in dem die Justiz «von der herrschenden Elite kontrolliert wird» und in dem «Korruption in allen

Die Antworten von Vitol

Wir haben dem Genfer Handelsunternehmen eine Liste mit zwanzig Fragen zu seinen Aktivitäten in Kasachstan vorgelegt. In seiner Antwort bestätigt Vitol, dass Xena Investment Sàrl (ehemals Oilex), Vitol FSU BV und Omega Coöperatief UA die Aktionäre des Joint Ventures Ingma Holding BV sind. «Aufgrund der schweizerischen Datenschutzgesetze können wir Dritten keine Informationen über die mit Omega verbundenen Personen zur Verfügung stellen», heisst es. Vitol beteuert, dass weder «Präsident Nursultan Nasarbajew noch sein Schwiegersohn Timur Kulibajew oder andere Personen, die ihnen ihre Position verdanken, Begünstigte von Ingma sind» und versichert, dass man «alle Anti-Korruptionsgesetze» einhalte.

Vitol bestätigt ebenfalls, mit Arvind Tiku, Dias Suleimenov, Timur Kulibajew und Daniyar Abulgazin

eine direkte oder indirekte Geschäftsbeziehung unterhalten zu haben, und dass diese Personen zur Kategorie der «politisch exponierten Personen» (PEPs) gehören. Der Konzern hält dies für mit seinem Verhaltenskodex vereinbar. «Es ist angemessen und für Unternehmen oft notwendig, mit PEPs ins Geschäft zu kommen. Bei allen Transaktionen mit PEPs werden jedoch die Kontrollen (Due Diligence) verstärkt.»

Dazu, dass ihr Geschäftspartner Arvind Tiku einen gemeinsamen Trust mit dem Schwiegersohn des kasachischen Präsidenten unterhalten hat, der direkt von Oilex (heute Xena) gespiesen wurde, und dass Oilex dem Schwiegersohn neunstellige Beträge lieh, könne man keinen Kommentar abgeben, da man weder Aktionär von Oilex noch des Trusts sei, erklärte Vitol.

Phasen des Gerichtsverfahrens präsent ist» – wie in einem Bericht der OECD⁵ (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) nachzulesen ist –, ist ein solches Verdikt kaum verwunderlich.

«Follow the money»

Das Gerichtsverfahren deckt jedoch die Herkunft der Mittel auf, die in den Trust bei der Credit Suisse fliessen, der zugunsten des Tandems Tiku-Kulibajew angelegt wurde. Zwischen Mai und August 2006 hat dieses Konstrukt, das einen Investmentfonds namens Handoxx beherbergt, fast 600 Millionen Dollar von drei Gesellschaften erhalten, von denen keine offiziell im Besitz von Timur Kulibajew ist. Darunter: Oilex NV, das Unternehmen, das zusammen mit Vitol Ingma besitzt. Oilex bezahlte dem Trust in zwei Raten mehr als 100 Millionen Dollar aus ihrem Konto bei der Genfer Niederlassung von BNP Paribas, wie aus einem Bankauszug in den Gerichtsakten hervorgeht.

Ein Jahr später werden 283 Millionen Dollar aus dem Trust entnommen und in Form von zinslosen Darlehen des Investmentfonds Handoxx an Merix International Ventures übertragen, dem Unternehmen von Timur Kulibajew. Das Geld ermöglicht es diesem, luxuriöse Anwesen in England zu erwerben. Der äusserst grosszügige Arvind Tiku gewährt Merix zudem über Oilex ebenfalls ein Darlehen von 101 Millionen Dollar.

Für die Strafuntersuchung hatte die Bundesanwaltschaft die Sperrung der Konten des Tandems Tiku-Kulibajew, einschliesslich derjenigen des Unternehmens Oilex, angeordnet. Die Konten wurden bis November 2011 eingefroren. Ob das wohl bei Vitol zu einem gewissen Unbehagen geführt hat? Im Verhaltenskodex des Konzerns steht jedenfalls ausdrücklich,

dass Vitol «weder Schmiergelder noch Korruption toleriert». Doch der Genfer Konzern hat sein profitables Geschäft mit Arvind Tiku dennoch einfach fortgesetzt.

Kulibajews «Kameraden» steigen bei Ingma ein

Doch damit sind die Abenteuer der Ingma Holding BV noch lange nicht zu Ende. Im Jahr 2010 wird eine neue Gesellschaft, Omega Coöperatief UA, zu 10 Prozent am Joint Venture beteiligt. Die uns nun wohlbekannte Oilex Sàrl von Arvind Tiku, mittlerweile umbenannt in Xena Investments Sàrl, hält fortan noch 47,5 Prozent, Vitol FSU BV 42,5 Prozent.

Die Dokumente von Kazaword zeigen: Dias Suleimenov – also der Mann, dessen Mailbox gehackt wurde – ist einer der wirtschaftlichen Berechtigten von Omega Coöperatief UA, einem niederländischen Unternehmen, das mehreren Offshore-Gesellschaften gehört.

Von allen Partnern Timur Kulibajews ist Suleimenov zweifellos der treueste. Die Karrieren der beiden haben sich parallel entwickelt, und sie teilen die gleiche Liebe zu den schmucken Vororten von Genf, wo jeder seiner Frau ein schickes Zuhause gekauft hat, wenige Kilometer voneinander entfernt. Ende 2009 erwarb Dinara, die Ehegattin von Timur und Tochter des kasachischen Präsidenten, zum Preis von 74,7 Millionen Schweizer Franken einen Palast in Anières. Und Alina, die Ehefrau von Dias, kaufte ein Jahr später ein Grundstück in Cologny, wo sie ein riesiges Anwesen für geschätzte 40 Millionen Franken bauen liess, wie im Juni 2018 durch eine Recherche des Westschweizer Fernsehens bekannt wurde.⁶

Für Vitol ist Suleimenov ein Partner, der bei brisanten Themen zu Rate gezogen wird. Von 2004 bis 2006 war er Direktor des Handelshauses KazMunayGas (THKMG), einem staatlichen Unternehmen, das einen

Teil der Rohölexporte von KazMunayGas verwaltete und eine Niederlassung in Lugano hatte. Noch lange nach seinem Abgang stand er gemäss Kazaword in Kontakt mit den Mitarbeitern der THKMG-Niederlassung in Lugano, als wäre er dort nach wie vor der Chef.

Im Dezember 2009 schickte ihm der Vitol-Verantwortliche für Zentralasien und Russland eine E-Mail – mit einer Kopie an Arvind Tiku – um sich über das Konkurrenzunternehmen Gunvor zu beschweren, das es gewagt hatte, zwei Öltanker in Aktau, dem grössten Hafen Westkasachstans, anzumieten. «Wir müssen das beenden. Es ist einfach verrückt. Entschuldigung, aber das ist ein grosses Problem und es ist absolut emblematisch für den Mist, der in Aktau gebaut wird und nun auch unser Geschäft und unsere Margen gefährdet. Bitte, was können wir tun, um das zu verhindern?» schreibt er.

Wir wissen nicht, ob Suleimenov in der Lage war, das Problem zu lösen, und in welcher Eigenschaft er dies hätte tun sollen. Zu diesem Zeitpunkt verwaltet der Kasache die Firma Petroleum Operating LLP, ein privates Unternehmen, an dem Timur Kulibajew beteiligt ist. Nach unseren Informationen hat er damals auch schon einen Fuss in der Tür von Ingma.

Ende 2009 hat Ingma für 45 Millionen Dollar das Ölhandelsunternehmen «Euro Asian Oil AG»⁷ übernommen. Im Rahmen dieser Transaktion erwarb Omega Coöperatief UA 2010 einen Anteil von zehn Prozent an Ingma. Gemäss einer Person, die den Prozess aus der Nähe mitverfolgt hat, ist auch Daniyar Abulgazin an Omega beteiligt – wohl zu gleichen Teilen wie Dias Suleimenov. Dies, obwohl Daniyar Abulgazin noch bis 2012 in leitender Funktion beim kasachischen Staatsfonds Samruk-Kazyna tätig ist.

Üppige Dividenden

Der Deal ist sehr lukrativ für Omega, die nun ebenfalls am Festmahl teilnehmen kann, wie mehrere E-Mails eines Vitol-Managers an Dias Suleimenov zeigen. Am 13. Mai 2011 erhält Omega 11,5 Millionen Dollar an Dividenden von Ingma, auf ein Konto der HSBC Genf überwiesen durch die in Rotterdam ansässige GE Artesia Bank. Drei Wochen später werden diese Gelder an OP Trade überwiesen, eine Offshore-Gesellschaft, deren Eigentümerin Omega ist. Die Millionen landen auf Konten der Axion Swiss Bank, einer Tochtergesellschaft der Tessiner Kantonalbank.

Ein ehemaliger Banker und Handelsspezialist erklärte uns gegenüber: «Anstatt Bestechungsgelder direkt an PEPs zu bezahlen, wird es immer mehr zur bevorzugten Lösung, mit ihnen Joint Ventures einzugehen und danach Dividenden auszuschütten. Dadurch vermeidet man, Provisionszahlungen verbuchen zu müssen. Alle Bankiers kennen diese Methode und müssen sich vor solchen Machenschaften hüten wie vor der Pest», findet er.

NACHWORT: WAS KANN MAN TUN?

Die Geschichte von Vitol in Kasachstan ist symptomatisch für die Praktiken im Schweizer Rohstoffhandel. Um einen Markt zu erschliessen, zögern einige Unternehmen nicht, sich über Joint Ventures mit politisch exponierten Personen (PEPs) zusammenzuschliessen – und dies auch in Ländern, in denen Korruption endemisch ist. Während fünfzehn Jahren hat eine solche Kooperation es Vitol ermöglicht, riesige Ölmengen zu vermarkten und sich als bedeutender Akteur in Kasachstan zu etablieren – einem Land, in dem der regierende Clan durch die Vermischung von öffentlichen Ämtern und privaten Geschäften ein gigantisches Vermögen anhäuft. Zwischen 2009 und 2016 hat die Ingma Holding BV Dividenden in Höhe von mindestens einer Milliarde US-Dollar für ihre Aktionäre ausgeschüttet, die zwischen Vitol und seinen Partnern aufgeteilt wurden: zuerst allein mit Oilex-Besitzer Arvind Tiku, und dann, nach der Beteiligung von Omega 2010, auch mit Dias Suleimenov und womöglich Daniyar Abulgazin. Die Dokumente, zu denen Public Eye Zugang hatte, legen den Schluss nahe, dass auch der Schwiegersohn des Präsidenten, Timur Kulibajew, indirekt vom Joint Venture profitiert hat.

Im Gegensatz zu den Finanzintermediären, die ihre PEP-Kunden aufgrund des Geldwäschereigesetzes durchleuchten müssen, unterliegen die Rohstoffhandelsfirmen diesbezüglich keiner gesetzlichen Verpflichtung. Kooperationen mit PEPs sind für sie kein Risiko, sondern eine lukrative Geschäftsgelegenheit, wie unsere Recherche einmal mehr zeigt. Das muss sich unbedingt ändern. Es braucht eine Rohstoffmarktaufsicht (ROHMA) entsprechend der Finanzmarktaufsicht, und den Handelsunternehmen müssen Sorgfaltpflichten auferlegt werden, insbesondere im Hinblick auf ihre Geschäftsbeziehungen.

Anstatt korrupte Machthabende und deren kolossale Vermögen mit offenen Armen zu empfangen, muss die Schweiz endlich entschieden gegen die schweizerische Mitverantwortung für den «Rohstofffluch» vorgehen, der die Bevölkerungen rohstoffreicher Länder systematisch um dringend nötige Mittel bringt. Wie lange werden unsere Behörden noch die Augen verschliessen vor diesen fragwürdigen Praktiken und den Gesetzeslücken, die solche Skandale erst möglich machen? •

⁵ Anti-Corruption Reforms in Kazakhstan. Fourth Round of Monitoring of the Istanbul Anti-Corruption Action Plan, September 2017.

⁶ Genève, paradis des dictateurs, Temps présent, 28.6.2018.

⁷ Nachzulesen im geprüften Finanzbericht von Ingma, 2009.

Neuer Bericht des Bundesrats: Eine weitere folgenlose Übung?

Die Schweizer Regierung hat die besondere Verantwortung unseres Landes als weltweit führender Handelsplatz eigentlich längst erkannt. Doch bisher hat sich dennoch kaum etwas getan.

GÉRALDINE VIRET UND MARC GUÉNIAT

Gut fünf Jahre nach seinem «Grundlagenbericht Rohstoffe»¹ vom März 2013 wird der Bundesrat in Kürze eine «Neubeurteilung der Lage der Schweizer Rohstoffbranche» publizieren. In der Zwischenzeit haben die Behörden drei Berichte über die Umsetzung der 17 Empfehlungen, die sie damals von der «interdepartementalen Plattform Rohstoffe» erhalten hatten, veröffentlicht.

Im Grundlagenbericht hatte der Bundesrat anerkannt, dass mit der «zunehmenden Bedeutung dieser Branche (...) ernstzunehmende Herausforderungen» einhergingen, unter anderem «in Bezug auf die Menschenrechte und Umweltsituation in rohstoffexportierenden Ländern, die Korruptionsbekämpfung sowie dem Phänomen des «Rohstoff-Fluchs» in Entwicklungsländern». Er kam zum Schluss, dass mit diesen Herausforderungen auch «Reputationsrisiken (...) für die Schweiz» verbunden sein können. Der Bundesrat hielt es aber für ausreichend, die Unternehmen daran zu erinnern, dass er von ihnen verlange, dass sie sich «integer und verantwortungsvoll» verhielten – auf rein freiwilliger Basis.

Klare Worte, keine Taten

Seitdem ist es in schöner Regelmässigkeit zu Skandalen gekommen. Die tatsächlichen Geschäfte der Schweizer Handelsunternehmen stehen dabei in stetem Gegensatz zu deren Firmenkommunikation, in der diese stets ihre Bemühungen in Sachen Compliance und sozialer Verantwortung herausstreichen. Doch Fälle wie jenen von Gunvor im Kongo, den wir letztes Jahr aufdeckten, oder nun Vitol in Kasachstan verdeutlichen, wie dringend nötig es ist, diesen heiklen Sektor endlich verbindlich zu regulieren.

Die Justizministerin Simonetta Sommaruga kam vor einem Jahr nach den Enthüllungen durch die «Paradise-Papers» zu einem ähnlichen Schluss. Das International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) hatte gestützt auf das Leak die fragwürdigen Praktiken der Rohstoffriesen Glencore in der Demokratischen Republik Kongo und Trafigura in Angola aufgezeigt. Gegenüber dem Tagesanzeiger² sagte Sommaruga: «Die Rohstoffindustrie hat gesagt: Lasst uns das selber regeln. Bislang war ihr Engagement aber nicht wirklich

überzeugend. (...) Wenn es die Wirtschaft nicht schafft, sich an ihre eigenen Vorgaben zu halten, dann braucht es staatliche Regeln.» So klar diese Worte, so wenig ist seither geschehen.

DIESE KONKRETEN MASSNAHMEN SIND NÖTIG:

Trotz der zahlreichen Fälle, die seit 2013 von der Presse und NGOs wie uns ans Licht gebracht wurden, haben die Schweizer Behörden bislang darauf verzichtet, entschieden gegen die längst ausgemachten Risiken vorzugehen. Besonders mager ist die Bilanz im Kampf gegen die Korruption. Um endlich einen entscheidenden Schritt vorwärts zu kommen, schlägt Public Eye die Schaffung einer Rohstoffmarktaufsicht (ROHMA) und die folgenden Massnahmen vor:

► Eine Sorgfaltspflicht in Bezug auf Geschäftsbeziehungen

Genau wie eine Bank bei der Aufnahme einer Geschäftsbeziehung mit einer politisch exponierten Person (PEP) gewissenhaft die Herkunft der Gelder überprüfen muss, müssen unbedingt auch Rohstoffhandelsunternehmen dazu verpflichtet werden, in solchen Fällen eine erhöhte Sorgfaltspflicht anzuwenden, um sicherzustellen, dass kein Korruptionsrisiko besteht.

► Eine Sorgfaltspflicht in Bezug auf die Lieferkette

Mit dieser Massnahme soll sichergestellt werden, dass Unternehmen nicht mit Rohstoffen handeln, die auf illegale oder unrechtmässige Weise erworben wurden oder bei deren Gewinnung direkt oder indirekt Menschenrechte oder Umweltstandards verletzt wurden. Mit der Konzernverantwortungsinitiative liegt dafür ein konkreter Vorschlag auf dem Tisch.

► Transparenz bezüglich Zahlungen an Regierungen

Die Einkünfte aus der Vermarktung von Rohstoffen sind für die rohstoffproduzierenden Länder von enormer Bedeutung – für die meisten von ihnen sind sie die wichtigste Einkommensquelle. Doch die im Rahmen der Aktienrechtsrevision vorgesehenen Bestimmungen bezüglich der Offenlegung von Zahlungen an Regierungen sollen lediglich für rohstofffördernde, nicht aber für rohstoffhandelnde Unternehmen gelten. Das ist widersinnig. So werden die Schweizer Rohstoffhandelsunternehmen, die in vielen Ländern mit endemischer Korruption eine dominante Rolle spielen, ihre Geschäfte weiterhin vollständig im Verborgenen abwickeln können. Gemäss unseren Berechnungen wird die vom Bundesrat vorgeschlagene Neuregelung nur gerade vier der rund 500 in der Schweiz ansässigen Rohstoffunternehmen treffen. •

¹ Bericht der interdepartementalen Plattform Rohstoffe an den Bundesrat. Grundlagenbericht Rohstoffe, 27.03.2013.

² Wenn es die Wirtschaft nicht schafft, braucht es Regulierungen, Tagesanzeiger, 12.11.2017.

Die dubiosen Methoden der Schweizer Trader in Brasilien

Die Korruptionsaffäre Lava Jato, die in Brasilien für ein politisches und juristisches Erdbeben sorgte, wirft ihren Schatten auch auf den Schweizer Finanzplatz: Auf die Konten von Dutzenden von Schweizer Banken sind Schmiergelder geflossen. Nun zeigt unsere Recherche, dass auch die grossen Schweizer Rohstoffhandelsfirmen in den Skandal verwickelt sind. Sie haben Provisionen in Millionenhöhe an zweifelhafte Vermittler gezahlt. Der Hintergrund: milliardenschwere Ölverträge, abgeschlossen in einem Milieu, in dem Korruption zu den Spielregeln gehörte.

MARC GUÉNIAT UND GAËLLE SCULLER



A close-up portrait of Paulo Roberto Costa, a man with a full grey beard and mustache, looking slightly to the right. The background is dark and out of focus.

Erhielt Millionen von Dollars an Schmiergeldern:
Ex-Petrobras-Direktor Paulo Roberto Costa.

Die damalige Bundespräsidentin Doris Leuthard gab sich im September 2017 sehr bestimmt. Der gigantische Korruptionsskandal in Brasilien, den die Justizbehörden seit 2014 unter dem Codenamen «Lava Jato» (auf Deutsch etwa «Operation Waschanlage») aufrollten, stelle das Schweizer Dispositiv gegen Geldwäscherei keineswegs in Frage. «Unsere Kontrollmechanismen gehören zu den strengsten der Welt», erklärte sie und bilanzierte kategorisch: «Das ist ein brasilianisches Problem, kein schweizerisches.»

Die Giganten des Rohstoffhandels haben Millionen an Provisionen gezahlt – zum Teil an Vermittler mit höchst zweifelhaftem Profil.

Klar: Die halbstaatliche Mineralölgesellschaft Petrobras, die im Zentrum der Lava-Jato-Affäre steht, ist ein brasilianisches Unternehmen. Doch Frau Leuthard hat doch ein paar entscheidende Details übersehen. Etwa jenes, dass die schweizerische Bundesanwaltschaft mehr als 100 Strafverfahren eingeleitet und Vermögen im Wert von 1,1 Milliarden Dollar gesperrt hat. 20 Prozent davon sind bereits an Brasilien zurückgegeben worden. Der auf Wirtschaftskriminalität spezialisierte Newsletter Gotham City zählt mehr als 1000 Konten bei 43 betroffenen Banken.

Ein «gigantischer krimineller Plan»

Bei dem Geld handelt es sich hauptsächlich um Provisionen, die von überbezahlten Aufträgen zwischen Petrobras und privaten Unternehmen abgezweigt wurden.

Dubiose Vermittler und professionelle Geldwäscher – für sie gibt es in Brasilien sogar eine Berufsbezeichnung: «Doleiros» – überwiesen die Gelder. Sie landeten auf den Offshore-Konten von korrupten Petrobras-Managern sowie von Politikerinnen und Politikern, die damit ihren Wahlkampf und ihren ausschweifenden Lebensstil finanzierten. Um dieses System aufrechtzuerhalten, platzierten diese die «richtigen» Personen in Schlüsselpositionen des halbstaatlichen Ölgiganten. Nach diesen «Spielregeln» habe dieser «gigantische kriminelle Plan» funktioniert, sagte der Bundesrichter Sérgio Moro, die Galionsfigur bei der Aufklärung von Lava Jato.

Dass der Schweizer Finanzplatz bei der systemischen Korruption eine Schlüsselrolle spielte, ist unbestritten. Doch die Verantwortung der Schweiz geht weiter, wie eine gemeinsame Recherche von Public Eye und Global Witness zeigt. Denn die brasilianische Justiz interessiert sich auch für die drei weltweit grössten Erdöl-Handelsgesellschaften, die alle in der Schweiz ansässig sind: Glencore, Vitol und Trafigura. Die drei Giganten des Rohstoffhandels, die im Jahr 2017 zusammen 438 Milliarden Dollar umsetzten, schlossen mit dem brasilianischen Riesenkonzern lukrative Öldeals ab. Es zeigt sich: Es wurden Millionen von Dollars an Provisionen bezahlt – und dies manchmal an Vermittler mit höchst zweifelhaftem Profil.

Am Monatsende Millionen

Verschiedene Kronzeugen im Fall Lava Jato haben vor Gericht bestätigt, dass der Ölhandel mit Petrobras bei der massiven Unterschlagung von Geldern eine Rolle spielte. Der bekannte Politiker Delcídio do Amaral etwa erklärte: «Schon kleine Schwankungen der Ölpreise bringen grosse Gewinne für die wichtigsten Betreiber



Leitet die Ermittlungen im grössten Korruptionsfall der brasilianischen Geschichte: Bundesrichter Sérgio Moro.

© Paulo Whitaker/Reuters

und schaffen damit einen fruchtbaren Boden für verschiedene illegale Praktiken, weil die Preise künstlich geändert werden können.» Und ein ehemaliger Direktor von Petrobras, Nestor Cuñat Cerveró, sagte vor der Staatsanwaltschaft: «Die Centavos (Rappen) bei den täglichen Preisverhandlungen können am Ende des Monats Millionen an Bestechungsgeldern abwerfen.»

Die Aufträge für die Lieferung der 300 000 bis 400 000 Barrel Diesel, die täglich importiert wurden, erhielten hauptsächlich Rohstoffhandelsunternehmen. «Glencore und Trafigura waren die bedeutendsten», sagte Cerveró, der mit der Justiz kooperiert hat, um seine Haftstrafe zu mindern.

Gemäss der brasilianischen Bundesanwaltschaft ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Zahlungen der Glencore-Tochterfirma zumindest teilweise Bestechungsgelder waren.

Laut Delcídio do Amaral war der begehrteste Posten innerhalb von Petrobras jener des «Supply Managers», der die Einfuhr von Erdöl und Treibstoffen kontrollierte. Mehrere, die diesen Posten zwischen 2004 und 2015 innehatten, sind wegen Korruption verurteilt worden.

Paulo Roberto Costa war acht Jahre lang eine der zentralen Figuren bei Petrobras. Am 17. März 2014 wurde sein Haus in einem schicken Viertel von Rio de Janeiro durchsucht. Die bis dahin kaum zur Kenntnis genommenen Ermittlungen der brasilianischen Bundespolizei

in Curitiba führten daraufhin zu einem landesweiten politisch-juristischen Erdbeben – und förderten eine Affäre mit Verästelungen in mindestens 42 Ländern zutage. Angesichts der zahlreichen massiven politischen Beeinflussungsversuche beschloss die brasilianische Justiz, die Ermittlungen öffentlich zugänglich zu machen. Dieses beispiellose Vorgehen erlaubt es, etwas Licht auf die Rolle unserer drei Rohstoffhandelsgiganten zu werfen.

Polizei untersucht lukrative Verträge

Am 29. August 2016 eröffnet die Bundespolizistin Erika Mialik Marena aus Curitiba – dank der Netflix-Serie «O Mecanismo» mittlerweile weltbekannt – eine Untersuchung gegen Glencore und Trafigura sowie gegen mehrere involvierte Personen. Letztere werden verdächtigt, dass sie beim Abschluss lukrativer Ölverträge «in ihrer Eigenschaft als Betreiber oder Beamte von Petrobras (...) als Vermittler fungierten und ungerechtfertigte Vorteile von den oben genannten multinationalen Unternehmen erhalten haben», und zwar mindestens «zwischen 2004 und 2012».

Laut Staatsanwalt Deltan Dallagnol laufen all diese Untersuchungen bis heute. «Man kann sie mit der Reifung der Früchte eines Baumes vergleichen. Jede Frucht muss reif gepflückt werden», sagt er auf Anfrage. Wie der brasilianische Fernsehsender Globo im Juli berichtete, hat die Bundespolizei Petrobras angehalten, genauere Informationen über die zwischen 2004 und 2018 abgeschlossenen Verträge mit Trafigura, Glencore, Vitol und Cockett Marine Oil Ltd – einem Unternehmen, an dem Vitol zu 50 Prozent beteiligt ist – zu liefern.

Laut der Akten ging es bei den Deals um viel. Der Wert der 1048 Verträge, die allein Trafigura zwischen 2003 und 2015 mit Petrobras abgeschlossenen hat, beläuft sich

auf insgesamt 8,8 Milliarden US-Dollar. Die Aufträge an Vitol in den Jahren 2004 bis 2015 summieren sich auf 12,16 Milliarden US-Dollar. Der Wert der Aufträge an Glencore ist unbekannt. Das Unternehmen lässt verlauten, es habe keine «wesentlichen Geschäftsbeziehungen mit Petrobras» unterhalten. Präziser wird Glencore nicht.

Glencore und die «Greek Connection»

Allerdings hat die brasilianische Justiz Provisionszahlungen entdeckt, die von einer Tochtergesellschaft von Glencore namens «Ocean Connect Marine» bezahlt wurden: mindestens 2,1 Millionen Dollar zwischen November 2010 und Februar 2014. In mehreren kleinen Überweisungen wurde dieser Betrag auf ein UBS-Konto in Luxemburg eingezahlt, das im Namen eines auf den Marshall Islands registrierten Unternehmens eröffnet wurde: der Seaview Shipbroking Ltd.

Die Firma befindet sich im Besitz des griechischen Honorarkonsuls in Rio de Janeiro, Konstantinos Kotronakis, sowie von dessen Sohn Georgios. Die beiden sind als effektive Mittelsmänner bekannt. Sie vermittelten griechischen Reedereien Petrobras-Aufträge im Wert von insgesamt fast einer Milliarde Dollar – im Gegenzug für Provisionen an Petrobras-Direktor Paulo Roberto Costa und an dessen Schwiegersohn Humberto Sampaio de Mesquita, der einen Teil des illegalen Vermögens seines Schwiegervaters verwaltete. Mesquita hat seine Vergehen gestanden, ist aber im Januar 2017 verstorben, bevor die Justiz ihn verurteilen konnte. Gemäss der brasilianischen Justiz haben die Kotronakis mindestens 900 000 Dollar an Bestechungsgeldern an die Familie Costa gezahlt. Ein Teil dieser Gelder wurde auf einem Konto gefunden, das der Schwiegersohn Costas bei der Genfer Bank Lombard Odier eröffnet hat. In einer seiner zahlreichen Aussagen vor Gericht gab Costa zu, vertrauliche Informationen an die Kotronakis weitergegeben zu haben. Als der Konsul im August 2017 in Brasilien angeklagt wurde, hatte er das Land bereits verlassen.

Für wen waren die Kommissionen bestimmt, die von Glencores Tochterfirma an die Kotronakis bezahlt wurden? Die brasilianische Bundesanwaltschaft erklärte im Mai 2017, die Wahrscheinlichkeit sei «hoch, dass diese Mittel zumindest teilweise zur Bestechung von Paulo Roberto Costa und anderen verwendet wurden». Der Schweizer Konzern stellt sich auf den Standpunkt, dass die Gerichtsdokumente «keinen Beweis dafür lieferten», dass eine Glencore-Tochtergesellschaft «wissentlich direkt oder indirekt Bestechungsgelder gezahlt» habe. Der Konzern schreibt zudem, dass Seaview Shipbroking Ltd. bei über 600 Transaktionen als von Petrobras zugelassener «Broker» fungiert und einen «legitimen Service» geleistet habe.

Die brasilianischen Ermittlungsbehörden haben auch ein Dokument unter dem Betreff «Trading Glencore» gefunden, das eine kleine Zahlung von unter

10 000 Dollar auf ein UBS-Konto des Schwiegersohnes von Costa in Luxemburg erwähnt. Glencore sagt auf Anfrage, man habe keine Spur von dieser Zahlung gefunden. Costa seinerseits hat gegenüber den Ermittlungsbehörden gestanden, dass es sich bei dieser Überweisung höchstwahrscheinlich um Bestechungsgeld handle – auch wenn er sich nicht daran erinnern könne, für welchen Dienst dieses Geld genau geflossen sei.

Trafiguras «Mr. Brasilien» verurteilt

Auf das gleiche Konto bei der Genfer Bank Lombard Odier, auf dem die Gelder der Griechen landeten, hat auch Mariano Marcondes Ferraz Geld überwiesen: insgesamt 868 450 Dollar zwischen 2011 und 2014. Ferraz gilt als der «Mr. Brasilien» sowie «Mr. Angola» von Trafigura. Im März 2018 ist er aufgrund dieser Zahlungen wegen Korruption verurteilt worden. Jedoch betrifft die Straftat nicht seine Aktivitäten für den Schweizer Konzern, sondern jene für eine kleine italienische Firma, Decal, die er ebenfalls in Brasilien vertrat. Dank Ferraz Zahlungen konnte die Filiale Decal do Brasil den Mietvertrag für ein Öllager in Porto Suape im Nordosten des Landes erneuern.

Trafigura distanziert sich vom Fall und sagt, dass man mit den Verträgen zwischen Decal do Brasil und Petrobras nichts zu tun gehabt habe. Zudem entband der Konzern Ferraz im Oktober 2016 von seiner Leitungsfunktion. Eine gut informierte Quelle behauptet jedoch, dass er immer noch Lohn vom Unternehmen erhalte. Unsere Fragen dazu wollte der Genfer Konzern nicht beantworten. Waren die Zahlungen von Ferraz tatsächlich einzig für die Aktivitäten von Decal bestimmt? Während des Verfahrens herrschte ständige Verwirrung zwischen seinen beiden Funktionen; die Zeuginnen und Zeugen änderten ihre Aussagen im Laufe der Zeit, verschiedene Beweisdokumente säten weitere Zweifel. Costa selbst, der Ferraz durch sein Geständnis mit in den Abgrund gezogen hat, trug auch zur allgemeinen Konfusion bei. Schliesslich fällte die brasilianische Justiz ein Urteil, in dem Trafigura entlastet wurde.

In der Schweiz bestätigt die Bundesanwaltschaft jedoch, dass ihre Ermittlungen zu Ferraz andauern. Und auch Petrobras führte diesen Sommer die «laufenden Ermittlungen» der (brasilianischen) Bundespolizei ins Feld, um uns keine detaillierten Informationen über seine Verträge mit Trafigura geben zu müssen.

Auf die lange Bank geschoben

Der Fall Ferraz veranschaulicht ebenfalls, wie die Banken das Geldwäschereigesetz anwenden – oder eben auch nicht. In regelmässigen Abständen zahlte der Mittelsmann Zehntausende von Dollars an Costas Schwiegersohn ein, ohne dass Lombard Odier irgendwelche Fragen gestellt hätte. Bei der Eröffnung des Kontos hielt es die Bank nicht für nötig, ihren Kunden einem eingehenden Prüfverfahren zu unterziehen, wie es für



Eröffnete 2016 eine Untersuchung gegen Glencore und Trafigura: Bundespolizistin Erika Mialik Marena.

politisch exponierte Personen (PEPs) verlangt wird. Sie war auch nicht der Meinung, dass von dieser Geschäftsbeziehung ein «erhöhtes Risiko» ausging.

Laut den Dokumenten, die Lombard Odier den Justizbehörden übergab, begann sich die Bank erst dann Fragen zu stellen, als der Fall im April 2014 in Brasilien in die Schlagzeilen kam. Ferraz sprach daraufhin als «Mitglied des Verwaltungsrats von Trafigura» bei der Bank vor, um sie zu beruhigen. Er bescheinigte ihr, dass der Kontoinhaber «keinerlei Beziehung zum ehemaligen Direktor von Petrobras» habe. Der Trader fügte hinzu, dass Trafigura kaum mit Brasilien arbeite – obwohl der Konzern dort Verträge im Wert von fast neun Milliarden Dollar abgeschlossen hatte.

Auch Lombard Odier weigerte sich, detailliert auf unsere Fragen zu antworten. Die Bank beteuerte, dass sie die Meldestelle für Geldwäscherei des Bundes (MROS) im Juni 2014 «ordnungsgemäss informiert» habe. Also mehr als zwei Monate nach der spektakulären Verhaftung von Petrobras-Direktor Costa. Die Bank legt zudem Wert darauf, dass im Rahmen dieses Strafverfahrens nicht gegen sie ermittelt werde und sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen stets nachgekommen sei.

Der suspekte «Agent» von Vitol

Gegen Vitol wird gemäss unserem Kenntnisstand nicht offiziell ermittelt. Die brasilianische Justiz hat von Petrobras jedoch die Aushändigung der Verträge mit der Schweizer Firma verlangt. Was unsere Recherche auf jeden Fall zeigt: Das weltweit führende Ölhandelsunternehmen mit Sitz in Genf hat eine Person mit höchst verdächtigem Profil bezahlt. Sein Name ist Bo Hans Vilhelm Ljungberg. Der in Rio de Janeiro wohnhafte Schwede ist seit langem mit Vitol im Ge-

schäft. In den 1990er-Jahren erwarb der Konzern das von Ljungberg gemeinsam mit anderen gegründete Schweizer Unternehmen Euromin. Und die Beziehung hat gehalten. Auf Nachfrage von Global Witness und Public Eye räumt Vitol ein, dass «Herr Ljungberg als Vertreter von Vitol agiert» habe. Er sei über eine «Firma, deren hundertprozentiger Eigentümer er war, die Encom Trading SA» dafür vergütet worden, dass er Vitol dabei unterstützt habe, «Geschäftsmöglichkeiten im Ölsektor» zu identifizieren. Bei der Anstellung von Ljungberg über Encom habe man die «üblichen Prozesse der Sorgfaltsprüfung» angewandt. Die Verträge seien nicht «unangebracht» gewesen.

Diese Vorsichtsmassnahmen ändern allerdings nichts an der Tatsache, dass Encom und Ljungberg in die Lava-Jato-Affäre involviert sind. Am 15. August 2018 hat die brasilianische Bundesanwaltschaft zehn Personen, darunter Ljungberg, wegen Korruption, Geldwäsche und Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt. Sie sollen eine Art Kartell – von der Justiz «Brasil Trade» genannt – gebildet haben und stehen insbesondere wegen Asphaltaufträgen im Fokus der Justiz, die das amerikanische Unternehmen Sargeant Marine zwischen 2010 und 2012 von Petrobras erhalten hat. (Interessanterweise hat Vitol 2016 eine 50-prozentige Beteiligung an Sargeant Marine erworben und mit ihr zusammen das global führende Asphaltunternehmen Valt gegründet.)

Gespeichert unter «Entwürfe»

Nach Angaben der brasilianischen Justiz ist «Brasil Trade» ein organisiertes Netzwerk «zur Begehung von Verbrechen zum Nachteil von Petrobras, namentlich Korruption». Die Mitglieder kommunizierten über eine eigens

eingerrichtete E-Mail-Adresse, zu der sie alle Zugang hatten – oxfordgt@gmail.com. Von diesem Account wurde nie ein Mail verschickt. Die Gruppe nutzte lediglich den «Entwürfe»-Ordner, um sich abzusprechen. So sollte das Risiko verringert werden, aufzufliegen. Es war verlorene Mühe: Als die Polizei im Juli 2015 das Haus eines pensionierten Admirals durchsuchte, entdeckte sie einen USB-Stick mit einer Reihe von Dokumenten – darunter die auf oxfordgt@gmail.com gespeicherten Entwürfe.

Lava Jato ist ein weiteres Beispiel für die zentrale Rolle, die die Schweiz in der transnationalen Korruption spielt – aufgrund ihres Finanzplatzes, aber auch aufgrund ihrer multinationalen Konzerne.

Im kostbaren Fund taucht der Name Vitol immer wieder auf – in Diskussionen über mögliche Verträge und auch zu Treffen mit einigen Managern des Genfer Konzerns. Zwischen 2010 und 2012 diskutieren die Mitglieder von «Brasil Trade» unverblümt, wie man am besten Verträge mit Petrobras abschliesst. In einem der Schreiben gratuliert Ljungberg am 7. Mai 2010 seinem Kameraden Bruno Luz dafür, vertrauliche Informationen erhalten zu haben. Luz antwortet selbstlos, dies sei das Resultat eines kollektiven Efforts gewesen. Aber es sind dann doch Bruno und dessen Vater Jorge Luz – der von der Presse als «Doyen der Korruption» bezeichnet wird –, die die Provisionen für die an Land gezogenen Aufträge von Sargeant Marine erhalten und verteilen. Vater und Sohn wurden für ihre Rolle im Korruptionsskandal bereits verurteilt.

Dieser Fall hilft zu verstehen, wie «Brasil Trade» funktionierte. Der Modus Operandi der Gruppe bestand darin, dass deren Mitglieder ihre Kontakte in der Politik und bei Petrobras nutzten, um an vertrauliche Informationen zu gelangen. Indem sie diese «weiterverkauften», ermöglichten sie es Sargeant Marine, das beste Angebot für einen Auftrag abzugeben. Die erzielten Provisionen wurden dann nach einem einfachen mathematischen Schlüssel aufgeteilt: 40 Prozent für sich selbst, 40 Prozent an hochrangige Politiker – etwa den Vorsitzenden der Arbeiterpartei in der Abgeordnetenversammlung, Candido Vaccarezza – und 20 Prozent für Führungskräfte von Petrobras – insbesondere den uns nun längst bekannten Paulo Roberto Costa. Letzterer erhielt rund 280 000 Dollar, wiederum auf das Konto seines Schwiegersohnes bei Lombard Odier.

Auch Ljungberg, der zu diesem Zeitpunkt gemeinsam mit Carlos Herz (einem weiteren Mitglied von «Brasil Trade») Co-Inhaber von Encom war, erhielt von Luz seinen Anteil – auf ein Konto bei der Schweizer Nieder-

lassung von BNP Paribas. Ljungberg streitet gegenüber der brasilianischen Justiz ab, dass er je eine Kommission von Sargeant Marine erhalten habe. Klar ist jedenfalls: Vitol bezahlte seinen Vertreter über ein Unternehmen, von dem die brasilianische Justiz annimmt, dass es integraler Bestandteil eines korrupten Schemas war.

Vitol seinerseits erklärt, der «Einsatz von Vertretern» sei in der Branche «üblich». Die Geschäfte mit «Herrn Ljungberg, Encom Trading SA und Petrobras» seien «normale Geschäftsabläufe» unter Einhaltung «aller relevanten Gesetzesbestimmungen» gewesen. Vitol wisse nichts von der Existenz von «Brasil Trade» und habe nicht bewusst mit dieser Gruppe oder Personen, die mit ihr verbunden seien, zu tun gehabt.

Die Lücken in der Schweiz

Insgesamt wird die Höhe der Verluste, die durch Veruntreuung innerhalb von Petrobras zwischen Anfang der 2000er-Jahre und 2014 verursacht wurden, auf etwa zehn Milliarden US-Dollar geschätzt. Die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen sind verheerend. Sowohl die linken wie auch die rechten Parteien sind durch die Lava-Jato-Affäre diskreditiert, die das Ausmass der systematischen Korruption innerhalb der brasilianischen Institutionen ans Licht gebracht hat. Ausgenommen davon sind lediglich die Strafverfolgungsbehörden in Curitiba. Die Wahl des rechtsextremen Jair Bolsonaro vom 29. Oktober 2018 zum brasilianischen Präsidenten ist eine der politischen Folgen dieses riesigen Korruptionsskandals, der im März 2014 ans Licht kam. Der Schweizer Wirtschaftsstandort hat seinen Teil dazu beigetragen.

Auch wenn es Doris Leuthard wohl nicht gerne hört, ist Lava Jato ein weiteres Beispiel für die zentrale Rolle, die die Schweiz in der transnationalen Korruption spielt – aufgrund ihres Finanzplatzes, aber auch aufgrund ihrer multinationalen Konzerne. Rohstoffhandelsunternehmen tauchen immer wieder im Zusammenhang mit Veruntreuungen bei staatlichen Unternehmen in rohstoffproduzierenden Ländern auf. Doch die Bundesbehörden ignorieren dies weiterhin, obwohl die Schweiz regelmässig von der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) wegen der Schwäche ihres Instrumentariums im Kampf gegen die Korruption gerügt wird. Die OECD stellt in einem Bericht zur Umsetzung der Anti-Korruptionskonvention in der Schweiz fest, dass die hierzulande verhängten Sanktionen insbesondere gegenüber juristischen Personen «unwirksam, nicht angemessen und nicht abschreckend» seien. Sie bezeichnet den Rohstoffhandel als einen «risikobehafteten Sektor» und erinnert die Schweiz daran, dass er nach einer «angemessenen und verbindlichen Regulierung» verlangt. Wir hätten es nicht besser sagen können. •

Hungerlöhne & Menschenrechtsverletzungen – die Realität bei H&M

© G.M.B. Akash/Panos Pictures

Vor fünf Jahren hat der Modegigant H&M versprochen, bis 2018 für einen Grossteil der Arbeiterinnen und Arbeiter in seinen Zulieferfabriken einen Existenzlohn einzuführen. Doch bis heute sind Armutslöhne, prekäre Arbeitsverhältnisse, regelmässige Überstunden und Gehaltsabzüge als Disziplinarmassnahmen für viele der Beschäftigten Alltag. Und der Konzern tut so, als hätte er das Versprechen nie abgegeben.

ELISABETH SCHENK

Zwei Mal ist Anima¹ schon bei der Arbeit ohnmächtig geworden. Beim ersten Mal hatte sie sich nach wenigen Minuten wieder erholt. Aber beim zweiten Mal mussten Kolleginnen sie ins Krankenhaus bringen, da sie sich stark an einer Maschine gestossen und innere Blutungen erlitten hatte.

Anima arbeitet in einer der zahlreichen Fabriken in Indien, die für den Modegiganten H&M Kleidung nähen. Sie ist 40 Jahre alt, verheiratet und hat drei Kinder. Täglich steht sie um 4.30 Uhr auf, um die Hausarbeiten zu erledigen und das Essen für ihre Familie vorzubereiten. Damit

sie pünktlich in der Fabrik erscheint, frühstückt sie selbst meist nicht. Wenn sie auch nur eine Minute zu spät komme, werde ihr der Lohn für eine ganze Stunde gestrichen, sagt sie. Ihr Tag in der Fabrik beginnt um 7.30 Uhr. An normalen Tagen schafft sie es, ihre Arbeit bis um 19 Uhr zu erledigen, doch oft muss sie länger arbeiten. Anima ist die einzige in der Familie, die Geld verdient. Sie trägt die Verantwortung

¹ Zum Schutz der interviewten Arbeiterin nennen wir ihren richtigen Namen nicht.



zur Versorgung von fünf Familienmitgliedern – mit einem monatlichen Einkommen von umgerechnet gerade mal 97 Schweizer Franken.

Das Versprechen von H&M

Obwohl sie regelmässig Überstunden leistet, verdient Anima nicht genügend, um sich und ihrer Familie ein Leben auf dem Existenzminimum zu ermöglichen. Ein existenzsichernder Lohn sollte während einer normalen Arbeitswoche ohne Überstunden verdient werden können und die Grundbedürfnisse der arbeitenden Person und ihrer Familie decken: Ernährung, Wohnen, Gesundheitsversorgung, Bildung für die Kinder, Bekleidung, Mobilität und Ersparnisse von zehn Prozent. Gemäss Berechnungen der Asia Floor Wage Alliance, die sich für existenzsichernde Löhne von Textilarbeiterinnen und -arbeitern einsetzt, hätte in Indien ein Lohn, der einer Familie ein «würdiges und sicheres» Leben ermöglicht, im Jahr 2013 umgerechnet 218 Schweizer Franken pro Monat betragen.

Die H&M-Gruppe ist mit 4841 Läden eine der grössten Einzelhändlerinnen weltweit. Im November 2013 hatte der Konzern öffentlich versprochen, bis 2018

in allen «Gold»- und «Platin»-Fabriken Vergütungsstrukturen zu schaffen, die die Bezahlung von «fairen Existenzlöhnen» für 850 000 Angestellte ermöglichen. Mit dem Status «Gold» oder gar «Platin» zeichnet H&M jene Betriebe aus, die zu ihren «strategischen und bevorzugten Lieferanten» gehören. 2013 waren 60 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter, die für H&M Produkte fertigten, in solchermassen ausgezeichneten Fabriken beschäftigt.

Nicht einmal ein Zehntel des Existenzlohns

Die Fünfjahresfrist, in der H&M die Zusage umsetzen wollte, läuft nun ab. Und die Clean Clothes Campaign (CCC) – ein Zusammenschluss von weltweit über 200 Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen, der in der Schweiz von Public Eye vertreten wird – wollte wissen, was aus dem Versprechen geworden ist. Wir haben Nachforschungen angestellt, um zu überprüfen, wie viel die Arbeiterinnen und Arbeiter in einigen dieser Zulieferbetriebe heute verdienen und wie nahe dieser Verdienst an einem existenzsichernden Lohn kommt.

Zwischen März und Juni 2018 haben Recherche-teams der CCC über 60 Arbeiterinnen und Arbeiter aus



sechs Fabriken in Bulgarien, Indien, Kambodscha und der Türkei nach ihren Löhnen und Arbeitsbedingungen befragt. Alle arbeiten in Fabriken, die H&M als «Gold»- oder «Platin»-Zulieferer bezeichnet. Die Recherchen zeigen: H&M ist weit davon entfernt, das Versprechen einzulösen, allen Arbeiterinnen und Arbeitern ihrer strategisch wichtigsten Produktionsstätten einen Existenzlohn zu zahlen. Die befragten Arbeiterinnen in Indien und der Türkei verdienen demnach nur etwa ein Drittel jenes Lohns, der als existenzsichernd gilt. In Kambodscha ist es weniger als die Hälfte, und in der bulgarischen Fabrik erhalten die Interviewten in der regulären Arbeitszeit sogar weniger als zehn Prozent eines existenzsichernden Lohns.

Krankmachende Löhne und Arbeitszeiten

Zudem wurden alarmierende Arbeitsbedingungen dokumentiert. Arbeiterinnen und Arbeiter sind gezwungen, übermässig lang zu arbeiten, um überhaupt von ihrem Lohn leben zu können. In drei der sechs untersuchten Fabriken übersteigt die Anzahl der geleisteten Stunden regelmässig das gesetzlich festgelegte Maximum. Auch Sonntagsarbeit ist in allen Ländern eher die Regel als die Ausnahme – was bedeutet, dass viele Arbeiterinnen und

Arbeiter nicht einmal einen Tag in der Woche zur Erholung von der harten Arbeit haben. Prekäre Arbeitsverhältnisse, regelmässige Überstunden ohne angemessene Vergütung und Gehaltsabzüge als Disziplinarmassnahmen kommen in allen untersuchten Fabriken vor.

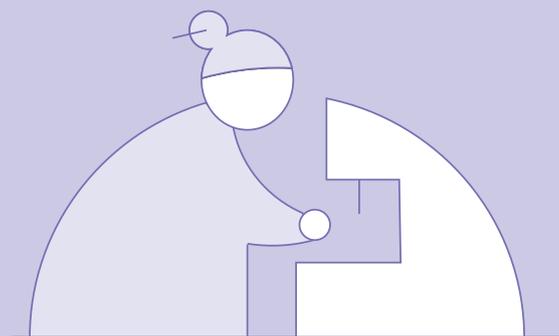
Aufgrund der langen Arbeitszeiten – oft an sieben Tagen pro Woche –, verbunden mit dem oft hohen Leistungsdruck, manchmal unerträglich heissen Temperaturen und einem lauten und stickigen Arbeitsumfeld, kommt es immer wieder vor, dass Beschäftigte in Ohnmacht fallen. All diese Faktoren haben natürlich Auswirkungen auf die Gesundheit.

Versprechen lösen sich in Luft auf

Die CCC hat H&M mit diesen Rechercheergebnissen konfrontiert und nach konkreten Informationen zur Umsetzung des Versprechens von 2013 gefragt. Wir haben jedoch keine transparente und detaillierte Antwort erhalten. Interessanterweise ist der ursprüngliche «Fahrplan für einen fairen Existenzlohn im Textilsektor» von 2013 von der Homepage von H&M verschwunden. Er wurde durch eine stark abgeschwächte Variante ersetzt. Indem H&M sein ursprüngliches Versprechen

Ein Lohn zum leben

Der Asia Floor Wage (AFW) berechnet sich auf Basis folgender Annahmen:



1 Arbeiterin versorgt mit ihrem Lohn sich selbst und ...

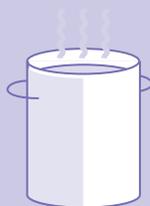


2 Erwachsene

1 Erwachsener
2 Kinder

4 Kinder

Aufteilung des Monatslohns



50 %

des Monatslohns dient der Ernährung mit 3000 Kalorien pro Tag und Erwachsenen.



40 %

Wohnung, Gesundheit, Bildung der Kinder, Bekleidung, Transport.



10 %

Kleiner Sparbetrag für Unvorhergesehenes, Vorsorge für Alter und Arbeitslosigkeit, Freizeit.

Durchschnittslöhne der Befragten im Vergleich zu einem Existenzlohn



9 %

Bulgarien



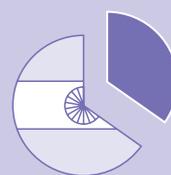
29 %

Türkei



46 %

Kambodscha



35 %

Indien

unter den Teppich kehrt und dieses rückwirkend mit einer viel vagieren Absichtserklärung ersetzt, versucht der Konzern offensichtlich zu verhindern, dass er für sein fehlendes Engagement in die Pflicht genommen wird.

«Turn around H&M»

Die Clean Clothes Campaign fordert H&M auf, endlich Mindeststandards im internationalen Arbeitsrecht einzuhalten und für gesunde und sichere Arbeitsbedingungen zu sorgen sowie kollektive Verhandlungen zu ermöglichen. Ein Existenzlohn für die Arbeiterinnen und Arbeiter, die für H&M Kleidung produzieren, ist ein Menschenrecht und kein Marketingprodukt.

Als global agierendes Unternehmen hat H&M laut den Richtlinien für Wirtschafts- und Menschenrechte der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Verantwortung, die Menschenrechte und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zu respektieren. Mit einer Umverteilung eines kleinen Teils der horrenden Gewinne in die Portemonnaies der Be-

schäftigten würde diesen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Für den Modegiganten H&M, der jährlich Milliarden Gewinne einfährt, wäre es wie auch für seine Konkurrentinnen ein Leichtes, etwas mehr für die Kleidung zu bezahlen, was es wiederum den Besitzerinnen und Besitzern der Fabriken ermöglichen würde, ihren Angestellten einen Existenzlohn zu zahlen.

Mit der Unterstützung der über 130 000 Menschen, die bereits die internationale CCC-Petition «Turn around H&M» unterzeichnet haben, werden wir weiterhin Druck auf das Unternehmen ausüben, damit dieses sein ursprüngliches Versprechen einlöst und sicherstellt, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter unverzüglich einen existenzsichernden Lohn erhalten. Den schönen Worten sollen endlich Taten folgen. •

Unterstützen auch Sie die Petition der Clean Clothes Campaign für existenzsichernde Löhne in den Produktionsstätten von H&M. Unterschreiben Sie unter:

www.turnaroundhm.org

Nach Übergriffen und Morddrohungen in indischer Fabrik

Arbeit der Clean Clothes Campaign führt zu raschen Korrekturen

Bei unmittelbaren Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen unterstützt die Clean Clothes Campaign Arbeiterinnen und Arbeiter mit sogenannten «Urgent Appeals» oder «Eilaktionen» vor Ort. Wie im Fall einer unter anderem für H&M produzierenden Firma im indischen Bangalore, in der diesen Frühling Angestellte massiv bedroht und geschlagen wurden, nachdem sie sich für ihre Rechte eingesetzt hatten. Durch den gemeinsamen Einsatz der Clean Clothes Campaign und ihren Partnerorganisationen konnten rasch dringend nötige Verbesserungen erzielt werden.

Im Frühling 2018 kam es in der südindischen Metropole Bangalore in der Fabrik Shahi Exports Pvt. Ltd. zu schweren Menschenrechtsverletzungen. In der Fabrik lassen unter anderen H&M, Benetton, C&A, Columbia Sportswear und GAP Kleidung produzieren. Gemäss einem Bericht der Organisation Workers Rights Consortium begingen Teile des Managements der Fabrik körperliche Übergriffe, sprachen Morddrohungen aus, suspendierten 15 Arbeiterinnen und Arbeiter und drohten mit Massenkündigungen. Dieses Verhalten verstösst gegen indisches Recht und auch gegen internationale Arbeitsstandards wie die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation.

Auslöser für die Gewalt und die fristlosen Kündigungen war der Versuch der Arbeiterinnen und Arbeiter, ihr Recht auf Vereinigungsfreiheit auszuüben: Mit Unterstützung der Gewerkschaft Karnataka Garment Workers Union (KOOGU) wollten sie mit dem Fabrikmanagement um bessere Arbeitsbedingungen verhandeln. Ihre Kernforderungen betrafen die Erhöhung der Löhne, die Verbesserung der Trinkwasserqualität und Massnahmen gegen sexuelle Belästigungen während der Bustransporte.

Gemeinsamer Druck auf Firmen

Als Reaktion auf diese Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen wandte sich die Gewerkschaft KOOGU an das internationale Netzwerk Clean Clothes Campaign (CCC). Gemeinsam mit der Asian Floor Wage Alliance (AFWA) und dem Workers Rights Consortium (WRC) übte die CCC unmittelbar Druck auf die Markenfirmen aus. In mehreren Schreiben wurden sie dazu aufgefordert, unverzüglich die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter bei ihrem Zulieferbetrieb Shahi zu schützen. Der internationale Druck zeitigte rasch konkrete Folgen: Nach anfänglichen Versuchen, jegliche Kritik

abzublocken, handelte das Management der Fabrik mit der Gewerkschaft ein Memorandum of Understanding aus und setzte die darin gestellten Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter umgehend um. Die gewalttätigen Mitglieder des Managements wurden sofort entlassen, die betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter wieder eingestellt und entschädigt. Das Management hat sich zur Achtung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit verpflichtet. Zudem sollen regelmässige Treffen mit der Gewerkschaft KOOGU stattfinden, an denen über die ursprünglichen Forderungen der Gewerkschaft nach einer Lohnerhöhung, sauberem Trinkwasser und sicherem Transport verhandelt werden soll.

Ein grosser Erfolg

In dringlichen Fällen wie jenem in Bangalore sind die Clean Clothes Campaign sowie lokale Gewerkschaften und NGOs in den Produktionsländern Asiens und Osteuropas wichtige Ansprechpartner für die betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter. Mittels internationaler Solidaritätsaktionen wird in solchen Fällen intensiv Druck ausgeübt. Die CCC informiert Medien und Konsumierende und kontaktiert Botschaften vor Ort, um die beteiligten Regierungen und Firmen an den Verhandlungstisch mit den Betroffenen und den Gewerkschaften zu bringen. Public Eye übernimmt als Schweizer Koordinationsstelle der CCC regelmässig die Fallkoordination solcher «Urgent Appeals».

Die rasche Umsetzung der konkreten Forderungen der Fabrikarbeitenden in Bangalore stellt einen grossen Erfolg für die Arbeit des internationalen CCC-Netzwerks dar. Nicht zuletzt deshalb, weil die Unterstützung und Solidarität auf internationaler und lokaler Ebene die Arbeiterinnen und Arbeiter der Fabrik in ihrem Kampf bestärkt hat, sich für bessere Arbeitsbedingungen und Lohnverhandlungen einzusetzen. •

Verantwortung übernehmen statt Gutes tun



Mit dem Manifest «Die Erklärung von Bern – Die Schweiz und die Entwicklungsländer» nahm die Geschichte von Public Eye vor 50 Jahren ihren Anfang. Der Grundgedanke der Erklärung ist unbequem – aber auch hoffnungsvoll: Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

CHRISTIAN ENGELI

«Wir, die wir zu den Begünstigten in der Welt gehören, versäumen unsere erste Pflicht, wenn wir nicht alles, was uns nur möglich ist, tun, um den Kampf gegen Hunger und Elend zu führen, der zugleich der Kampf für die Rechte und Würde des Menschen ist.» Dieser Satz stammt aus der ursprünglichen «Erklärung von Bern», die ab 1968 von fast 10 000 Personen unterzeichnet worden ist. Auf der Grundlage des Manifests konstituierte sich drei Jahre später der Verein, der heute als «Public Eye» über 25 000 Mitglieder zählt.

Der Gedanke hinter dieser Aussage ist für unsere Arbeit auch heute noch gültig: Wenn wir zu einer gerechteren Welt beitragen wollen, müssen wir nicht «Gutes tun» oder «Hilfe leisten». Den wirkungsvollsten Beitrag leisten wir, indem wir genau hinschauen, wo wir für Ungerechtigkeiten mitverantwortlich sind. Und unternehmen, was in unserer Macht liegt, um gegen diese vorzugehen. Verantwortung wahrnehmen heisst, dass wir uns bei uns für fairere Strukturen – sei es auf politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Ebene – einsetzen.

Eine kritische Auseinandersetzung

Die Botschaft hinter diesem Ansatz ist kraftvoll: Ungerechtigkeit ist keine unveränderliche Tatsache, die wir über Almosen höchstens lindern können. Sie ist die Folge von Strukturen, die wir beeinflussen können. Werden wir aktiv, können wir mit unserem Handeln die Welt verändern – zumindest ein Stück weit.

Dazu braucht es eine kritische Auseinandersetzung mit sich selbst und mit der eigenen Gesellschaft: Welches sind die Ursachen von Ungerechtigkeit? Welche Rolle spie-

len wir dabei, was hat dies mit uns zu tun? Wo können wir als Konsumentinnen oder Bürger Einfluss nehmen? Wo müssen wir unsere Haltung, wo unsere Gesetze verändern?

Vom Weltladen bis zur Alternativen Bank

In der 50-jährigen Geschichte haben sich die bei Public Eye engagierten Menschen nicht geschämt, diesen kritischen Blick auf die eigene Gesellschaft immer wieder neu zu wagen. So gerieten regelmässig neue Themen in den Fokus. Stand zu Beginn der faire Handel im Zentrum, kamen später Themen wie Rassismus, Menschenhandel, der Finanzplatz Schweiz oder die internationale Korruption hinzu.

Oft entstanden aus diesen Tätigkeiten neue, eigenständige Organisationen, die zu einem grossen Teil heute noch aktiv sind. Unter anderem war Public Eye (bzw. die Erklärung von Bern) 1977 federführend bei der Gründung der Weltläden (der heutigen Claro-Läden), gründete ebenfalls 1977 den Arbeitskreis für Tourismus & Entwicklung mit, initiierte das Fraueninformationszentrum FIZ (1985) und leistete fünf Jahre später die Vorarbeiten zur Gründung der Alternativen Bank ABS. Seit 1990 prägt unsere Organisation den Kurs des global tätigen Netzwerks Clean Clothes Campaign mit, 2003 haben wir das Tax Justice Network für gerechtere Steuern mitbegründet. Aktuell arbeiten wir mit vollem Elan für die von uns zusammen mit anderen Organisationen ins Leben gerufene Konzernverantwortungsinitiative, die derzeit den politischen Diskurs prägt.

Das Jubiläumsjahr neigt sich dem Ende zu. Dank der Unterstützung von all unseren weiteren Mitgliedern werden wir uns aber auch in Zukunft unvermindert engagieren. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Recherchen und Podium zum Jubiläum

Zu unserem 50-Jahr-Jubiläum haben wir den «Public Eye Investigation Award» ausgeschrieben, um journalistische Recherchen zu fördern, die Missstände in Entwicklungs- und Schwellenländern mit einem direkten Bezug zur Schweiz unter die Lupe nehmen. Unter den 55 eingesandten Projektanträgen wählte eine internationale Jury zwei Recherchevorhaben aus, die einen engen Bezug zur Arbeit von Public Eye haben. In den letzten Monaten hat die unabhängige Journalistin Marie Maurisse zu den Geheimrezepten der Schweizer Tabakmultis recherchiert, und Nicola Mulinaris von der NGO Shipbreaking Platform ist zusammen mit Gie Goris vom flämischen MO* Magazine nach Indien gereist, um herauszufinden, unter welchen Bedingungen Schweizer Reedereien dort ihre Schiffe abwracken lassen, die sie nicht mehr benötigen.

Im Januar werden wir die beiden Recherchen in unserem Magazin präsentieren. Zudem werden die Rechercheurinnen und Rechercheure an zwei Anlässen im Januar in Genf und Zürich ihre Resultate vorstellen und damit den Auftakt liefern für zwei Veranstaltungen zum Thema «Journaktivismus: An der Schnittstelle von Medien und NGOs». In Zürich findet der Abschlussabend unseres Jubiläumsjahrs am Montag, 21. Januar 2019 um 20 Uhr in der Reihe Kosmopolitics des Zürcher Kulturhauses Kosmos statt. Nach einer Eröffnungsrede des renommierten US-Investigativjournalisten Mark Lee Hunter diskutiert dieser unter der Leitung von Nicoletta Cimmino (eine der Stimmen von «Echo der Zeit») mit Catherine Boss (Tamedia-Recherchedesk), Sylke Gruhnwald (Republik) und Gie Goris vom Mo* Magazine über die Trends und Tricks beim Grenzgang zwischen Politik und Publizistik. Am Dienstag, 22. Januar um 18.30 Uhr wird Marie Maurisse die Ergebnisse ihrer Tabakrecherche an einer Konferenz in der Uni Mail in Genf (im Raum MR060) präsentieren.



Grosse Wirkung dank Nachlässen

Public Eye setzt sich seit 50 Jahren unabhängig für gerechtere globale Wirtschaftsbeziehungen ein. Möglich ist dies dank unserer Mitglieder und Spenderinnen – und dank jener Menschen, die uns in ihrem Testament berücksichtigt haben.

In den letzten zehn Jahren konnte Public Eye verschiedene Projekte mithilfe von Nachlässen realisieren. Unter anderem dank der über drei Millionen Franken, die wir seit 2008 aus Legaten und Erbschaften erhalten haben, konnten wir etwa erstmals die mächtige Rohstoffbranche durchleuchten, die zu den grössten Globalisierungsgewinnern gehört und deren Geschäfte häufig in riskante Grauzonen führen. Wir gingen dafür den historischen Wurzeln der Handelsdrehscheibe Schweiz, den skandalösen Geschäftspraktiken der hiesigen Firmen und den politischen Hintergründen auf die Spur. Die Resultate dieser mehrjährigen Arbeit publizierten wir im Buch: «Rohstoff – Das gefährlichste Geschäft der Schweiz». Die Nachlässe halfen uns auch dabei, dass wir in den letzten Jahren unser Team unter anderem in den Gebieten Recherche, Kommunikation und Koordination der Freiwilligenarbeit ausbauen und somit die Schlagkraft von Public Eye verstärken konnten.

Möchten Sie unserem Engagement für mehr Gerechtigkeit auch eine Zukunft geben, indem Sie uns in Ihrem Testament berücksichtigen? Mit einem Legat oder einer Erbeinsetzung ermöglichen Sie uns, zusätzliche Projekte zu realisieren. Gerne berät Sie Chantal Sierro in einem persönlichen und unverbindlichen Gespräch:

044 277 79 18 oder
chantal.sierro@publiceye.ch

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.publiceye.ch/testament



Sinnvolle Geschenke

Sind sie auf der Suche nach einem Geschenk, das nicht gleich in einer Schublade verschwindet? Dann machen Sie jemandem, den Sie mögen, eine Freude!

Mit einer Geschenkmitgliedschaft bei Public Eye!

Verschenken Sie eine reguläre Mitgliedschaft für 75 Franken oder eine Jugendmitgliedschaft (bis 27 Jahre) für 30 Franken. Die oder der von Ihnen Beschenkte erhält fünfmal pro Jahr die neuste Ausgabe unseres Magazins mit exklusiven Recherchen und informativen Reportagen. Unsere Mitglieder sind die Basis für unsere Arbeit. Je mehr wir sind, desto eher führt unsere Arbeit zu Verbesserungen.

Sie wollen zuerst wissen, woher wir kommen und wofür wir uns einsetzen? Kein Problem: Dann bestellen Sie doch das Buch *«Entwicklung heisst Befreiung. Erinnerungen an die Pionierzeit der Erklärung von Bern»*, in dem Anne-Marie Holenstein, Regula Renschler und Rudolf Strahm auf 334 Seiten auf die bewegte Geschichte unserer Organisation zurückblicken.

Das ist Ihnen alles zu schwer für die Weihnachtszeit? Auch für Sie haben wir etwas. Leisten Sie sich das Buch *«Gemüseküche für Herbst und Winter»* der Köchin, Pflanzenfachfrau und Erfolgsautorin Meret Bissegger mit über 150 Rezepten für teils ganz leichte Gerichte.

Und das ist noch nicht alles!

Wofür Sie sich auch entscheiden: Zu jedem Geschenk erhalten Sie gratis einen zeitlosen Gymbag von Public Eye mit dazu.

www.publiceye.ch/schenken

Frohe Festtage!

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Diererstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch, Postkonto 80-8885-4

www.publiceye.ch

[@publiceye_ch](https://twitter.com/publiceye_ch) www.facebook.com/publiceye.ch [@publiceye.ch](https://www.instagram.com/publiceye.ch)



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye

 Erklärung von Bern